



Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Mehr Menschenschutz!

Die Lehre aus dem Geburtenrückgang.

Kein überlegener Mensch kann unter irgendeinem Gesichtswinkel einer gänzlich unbeeinflussten und unbekinderten Geburtenhäufigkeit das Wort reden, da sie eine große Säuglingssterblichkeit zur Folge hätte. Ohne daß der Geburtenüberschuß gewinne, verursacht eine übergroße Kinderzahl auch zweifelslos Opfer an Gesundheit und materiellen Aufwendungen. Krankheit und Tod haben viel Unkosten im Gefolge, denn das Begrabenwerden ist nicht billig. Nun zeigt die Statistik der Bevölkerungsbewegung, daß in den letzten Jahren die Geburtenhäufigkeit abgenommen hat, aber gleichzeitig ging auch die Sterblichkeit zurück. Wenn die Geburtenregulierung sich in solchen Grenzen bewegt, daß die Bevölkerungszunahme sich nicht verringert, dann ist vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus nichts dagegen zu sagen. Nur gegen die Auffassung muß man sich wenden, daß eine über die vorgesehene Grenze hinausgehende Geburtenbeschränkung ein Mittel zur wirtschaftlichen und politischen Befreiung der Arbeiterklasse sein könnte.

Die bisherige Entwicklung zeigt uns, daß in keiner der vorangegangenen Perioden der Geburtenüberschuß so groß war wie im Zeitraum von 1890 bis 1910. Dagegen war er ungewöhnlich niedrig im Jahre 1911 als Folge der ganz ungewöhnlich hohen Säuglingssterblichkeit. Stellt man dieses letzte Ergebnis in Vergleich zu dem Resultat der erwähnten Periode, dann ist naturgemäß ein starker Rückgang der Geburtenhäufigkeit zu verzeichnen. Es betrug nämlich der Geburtenüberschuß pro 1000 der Bevölkerung im Zeitraum

Table with 2 columns: Zeitraum (1881-1840, 1841-1860, 1861-1880, 1881-1890, 1891-1895, 1891-1895, 1896-1900, 1901-1905, 1906-1910, 1911, 1912) and corresponding values (8,81, 10,86, 10,15, 11,27, 12,51, 12,66, 12,16, 12,00, 15,84, 15,24, 15,04, 12,50, 12,30).

Also selbst das ungewöhnlich ungünstige, durch besondere Umstände erklärte Ergebnis des Jahres 1911 hält sich auf der Höhe des für die Zeit von 1881 bis 1898 ermittelten Durchschnitts und steht noch über dem Durchschnitt der ganzen Periode. Und die Differenz für 1913 hebt sich beträchtlich darüber hinaus. Am 1. Halbjahr 1913 ist die Zahl der Geburten gegen die gleiche Zeit des Vorjahres weiter um 10.904 gesunken, trotzdem ergibt sich eine Steigerung des Ueberschusses um 5848. Die Sterbefälle waren nämlich um 1.616.052 geringer.

Ein besserer Schutz der Lebenden, vor allem der Säuglinge, könnte noch eine Steigerung des Geburtenüberschusses herbeiführen. Die geforderten Maßnahmen bewirken eine Massenverbesserung. Diese erscheint uns dringend notwendig. Schon die letzte Berufszählung läßt eine Verminderung der über 50 Jahre alten Personen im Anteil an der Gesamtbevölkerung erkennen. Die Ansprüche der Industrie an die Arbeitskraft, an die Verdien der Arbeiter und Arbeiterinnen sind größer geworden. Im großindustriellen Betriebe werden die Menschen schneller verbraucht als in der Kleinindustrie. Ein verbesserter Arbeiterschutz und eine Qualitätsverbesserung des Menschenmaterials ist daher erforderlich.

Zweifellos könnte durch die weitere Verminderung der Säuglingssterblichkeit ein noch größerer Geburtenüberschuß erzielt werden. Es sind eigentlich erst Anfänge eines Säuglingssterbes vorhanden. Trotzdem zeigen sich schon bei diesen Anfängen günstige Wirkungen. Von je 100 Lebendgeborenen in Preußen starben im 1. Lebensjahre:

Table with 3 columns: Zeitraum (1875-1880, 1881-1890, 1891-1900, 1901-1910, 1911), bei den Weiblichen, and bei den Männlichen (353, 353, 354, 358, 358, 308, 310,8).

Im Jahre 1911 war die Sterblichkeit, zum Teil infolge der Eise, ungewöhnlich groß. Ganz unkenntbar hat man die Sterblichkeit etwas eingebremst, aber noch dieser Richtung hin lassen sich noch viel bessere Resultate erzielen. Unheimlich groß ist nur noch das Vernehmen der unehelichen Säuglinge! Menschenschutz ist das dringendste Erfordernis der Gegenwart.

„Arbeiterzulagen.“

Für gering Verdienste? Angestellte der preussischen Eisenbahnen sollen jetzt Beiträge zur Unterbringung bereit gestellt werden. Der preussische Eisenbahnminister hat an die Direktoren einen Erlass gerichtet, nach welchem die erste zur Verteilung gelangende Zulage eine Arbeiterzulage sein soll. Verdienste unterbeamte mit unvorzogenen Kindern, gering verdienende Beamte an teuren Stationen sollen mit dem „Segen“ bedacht werden. Im allgemeinen soll eine Familie eine einmalige Zulage in Höhe von 25-50 Mk. erhalten, aber nur, wenn 1-2 Kinder vorhanden sind und der Vater ein Einkommen unter 6000 Mk. hat.

Die Eisenbahner werden „jubeln“ über diese Zulage! Wie lange glaubt denn der preussische Eisenbahnminister, daß sich riesengroße Summe von 25-50 Mk. vorhalten wird? Einmalige, bis ein neugeborenes Kind erwachsen sein wird? Dieses Geld bedeutet nur einen jämmerlich kleinen Tropfen auf einen heißen Stein. Wollte man den schließlich bezahlten (wie vorfristig man immer von „gering verdienenden“ Beamten spricht) Angestellten wirklich helfen, so könnte es nur durch eine dauernde Zulage sein, die die Angestellten in den Stand setzt, ihre Kinder ohne Sorgen zu erziehen. Der Gedanke, der der geplanten Zulage zugrunde liegt, ist ja sonst richtig. Er wird, wenn er in wirksamer Weise zur Ausführung gebracht ist, ein weit besseres Mittel gegen die Geburtenbeschränkung sein als alle politischen Verbote der Instrumente zur Verhütung der Schwangerschaft. Aber die Ausführung steht in den weitigsten Hintergründen!

Warum übrigens soll denn die Eisenbahndirektion nur halbe Arbeit leisten? Warum soll sie den schließlich bezahlten Angestellten nur eine geringe, einmalige Zulage geben, anstatt sie für ihre Arbeit anfänglich und ausreißend zu bezahlen? Es ist doch schon ein klein wenig verdächtig, wenn ein Unternehmer so solchen Palliativmitteln greift. Es zeigt, daß die Beziehung der unteren Eisenbahnangestellten wirklich gänzlich unzureichend sein muß. Denn sonst hätte sich die Direktion sicher nicht zu einer, wenn auch noch so kleinen, Zulage entschlossen. An den Eisenbahnangestellten ist es nun, ihre Rechte so nachdrücklich wie möglich wahrzunehmen, damit sie besser für ihre Kinder sorgen können als bisher.

Arbeitslosenversicherung — „kein Bedürfnis“.

Der Zentralverband Deutscher Industrieller hat durch eine seiner „wenigstschätzlichen“ Kräfte, seinen selbstbetretenden Geschäftsführer Dr. von Stojentin, alle nur irgend möglichen Vorurteile gegen die Arbeitslosenversicherung aufzuklären lassen — offenbar um der Regierungsräten zu zeigen, wie sie die Interpellation der Sozialdemokraten im Reichstage zu beantworten haben. Wir zweifeln nicht daran, daß die Herren in der Reichsverwaltung den guten Absichten des Zentralverbandes wie bisher so auch bei dieser Gelegenheit folgen werden, nämlich in der Sicherheit sehr richtig gestellt ist mit den angeführten Gründen, die Dr. von Stojentin gegen die Arbeitslosenversicherung hat aufzubringen können.

Der Herr hat nämlich die „Anfänge zur öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenversicherung im In- und Auslande“ untersucht und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß das Bedürfnis nach einer öffentlichen Versicherung in Deutschland gering sei. Denn — und das erzählt uns der gute Mann mit ganz besonders schlaue Wiene — wenn das Bedürfnis nach der Arbeitslosenversicherung tatsächlich größer wäre, so wäre bei den bisher eingeführten Arbeitslosenversicherungen der Zustand viel härter. Bemerkenswert ist auch die freiwillige Beteiligung der Arbeiterschaft überaus gering, was nicht durch Charnerlagen zu den Kosten der Versicherung beitragen sollte, verständlich genug ist.

So der Gebilde des Zentralverbandes. Tatsächlich jedoch kann die freiwillige Beteiligung an einer Spartenrichtung in keine Weise maßgebend sein, ob ein Bedürfnis für eine Versicherung im In- und Auslande besteht.

Dies hat sich schon bei der Beratung des ersten Krankenversicherungsgesetzes als klarste gezeigt. Auch damals war die freiwillige Beteiligung an den Krankenkassen der Arbeiter sehr gering. Auch damals machten die Gegner des Gesetzes diese Tatsache geltend als einen Grund gegen die Krankenversicherung. Heute anders wird sein. Man behauptet, daß trotz der geringen freiwilligen Beteiligung an den Krankenkassen die Krankenversicherung mit ihrem Versicherungszwang damals dringend notwendig gewesen und heute geradezu unentbehrlich ist. Damals hat vielmehr die geringe Beteiligung an der freiwilligen Versicherung nur darauf schließen lassen, daß die Versicherungen freiwillig nicht genügt, sondern der Versicherungszwang notwendig ist. Dieser Schluß trifft auch heute für die Arbeitslosenversicherung zu. Die freiwillige Versicherung hängt nicht nur davon ab, ob der einzelne Arbeiter die Versicherung für notwendig hält, sondern auch davon, ob er die Mittel für die Versicherung aufbringen kann.

Handelt es sich um eine freiwillige Versicherung, dann sorgt nur ein Teil der Arbeiter für diese Ausgabe. Wer sie auf sich nimmt, kann sie nicht durch eine für ihn besonders durchgehende Lohnerhöhung ausgleichen; er muß vielmehr um ihren Betrag seine andern Ausgaben einschränken. Unter den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen muß denn der Arbeiter in der Regel sich und seiner Familie den Betrag vom Monde abknapsen. Hierzu kann sich so mancher Arbeiter — selbst beim besten Willen — nicht entschließen, da er ohnehin für sich und seine Familie die Ernährung so sehr einschränken muß, daß eine weitere Verdrückterung der Lebenshaltung sicher eine um so schlimmere Schädigung der Gesundheit zur Folge haben wird. — Trotzdem haben bekanntlich viele Hunderttausende von Arbeitern sich an der Arbeitslosenversicherung der Gewerkschaften beteiligt. Das ist ein großes Opfer, das die Arbeiter auf sich genommen haben; und das zeigt am besten, daß eine allgemeine Arbeitslosenversicherung dringend notwendig ist.

Man könnte aber die allgemeine Arbeitslosenversicherung nur durch den im Gesetz festgelegten Versicherungszwang erreichen. Dann müssen alle Arbeiter die Beiträge für die Versicherung aufbringen. Daher empfinden es auch alle Arbeiter als eine unerträgliche Verdrückterung, wenn sie bei der Arbeitslosenversicherung mitleiden die anderen notwendigen Ausgaben einschränken müssen. Hierdurch werden sie immer noch neuem angeport, ihren Lohn wenigstens so weit zu erhöhen, daß sie die Versicherungsbeiträge bezahlen können, ohne ihre sonstigen notwendigen Ausgaben herabsetzen zu müssen.

Diese Lohnerhöhung setzen sie unter günstigen Umständen im Laufe der Zeit an ersten durch. Das ist die Zeit und Weise, in der sich gegenwärtig der Arbeitslohn möglichst den notwendigen Kosten der Arbeitskraft anpaßt. Das ist aber auch der Grund, weshalb sich die Unternehmer gegen die Arbeitslosenversicherung so sehr wehren: Jede unmittelbare oder mittelbare „Belastung der Industrie“ erscheint ihnen als eine Gefahr für die Höhe ihres Unternehmensertrages.

Am besten freilich wäre es, wenn wir es durchsetzen könnten, daß die Arbeiter ganz von der Sorge um die Aufbringung der Mittel für die Arbeitslosenversicherung befreit werden, selbstverständlich unter Wahrung ihres Selbstverwaltungsrechts in der Versicherung.

Aber davon will Herr Dr. von Stojentin erst recht nichts wissen: Ein bloßes Anbieten, meint er, dürfen die Arbeiter unter keinen Umständen gemacht werden. Durch eine solche Unterstützung würde unfehlbar jedes Gefühl der Selbstverantwortlichkeit und des Selbstbewußtseins zugrunde gehen und der Schaden, den wir damit dem Volksganzen zufügen, außerordentlich groß sein. Unbillige Sorge. In der Unfallversicherung haben wir es bereits, daß die Unternehmer die Kosten allein decken müssen. Trotzdem erblüht kein einziger Arbeiter in den Unfallversicherungen ein Ansehen. Vielmehr weiß jeder selbst der letzte Arbeiter, daß der Unfall die Folge seiner Arbeit für den Unternehmer ist, und daß jeder Arbeiter sich durch seine Arbeit — ebenso wie den Arbeitslohn — so auch den Unfallschutz auf die Entscheidung im Falle eines Betriebsunfalls erwerben muß. Aus diesem Grunde hat die Unfallversicherung das Gefühl der Selbstverantwortlichkeit und des Selbstbewußtseins nicht im geringsten herabgedrückt.

Noch viel weniger liegt eine solche Gefahr bei der Arbeitslosenversicherung vor. An dem schiedlichen Gedanken kann kein Arbeiter etwas ändern. Und unsere Auffassung wird dafür sorgen, daß kein Arbeiter im unklaren bleibt über den Zusammenhang der Arbeitslosigkeit mit der heutigen ungeordneten Ausbeutungswirtschaft. Demgemäß werden die Arbeiter auch die Leistungen der Arbeitslosenversicherung nicht als ein Ansehen, sondern als den wohlverdienten Ertrag des Schadens betrachten, den ihnen die heutige ungesunde Ausbeutungswirtschaft zugefügt hat.

Wenn die Reichsverwaltung sich auf die Gründe beruft, die der Zentralverband deutscher Industrieller mit so viel Mühe gegen die Arbeitslosenversicherung aufgeführt hat, dann ist — sie verlassen.

Politische Uebersicht.

Halle (Saale), 21. November 1913.

Vom Lohntampfe der Fürsten.

Es ist für deutsche Zustände bezeichnend genug, daß man in der Zeit der Arbeitslosigkeit und bittersten Not von Hunderttausenden von Arbeitern eine Kundin in der Zeitung einführen wird — die täglichen Meldungen von den Lohntampfen der Fürsten verzeichnet. Heute liegen folgende Nachrichten vor:

Die Gehaltsaufbesserung des bayerischen Königs wird immer fraglicher. Nach einer Mindernde Meldung sollen von den 28 Liberalen der Kammer noch nicht sechs für die Regierungsvorlage in der jetzigen Höhe stimmen; auch das Zentrum werde wahrscheinlich nicht alle Fraktionsmitglieder zur Abstimmung heranziehen. Für die Erhöhung der Zivilliste ist eine Zweidrittelmehrheit bei einer Anwesenheit von mindestens drei Vierteln aller Abgeordneten notwendig. Da eine solche Mehrheit immer zweifelhafter wird, soll die Regierung schon entschlossen sein, sich auf den liberalen Kompromissvorschlag, die Zivilliste „nur“ um 600.000 Mk. jährlich zu erhöhen, zurückzuziehen.

Eine weitere Meldung aus München besagt: Der Freitagsung der Kammer sieht man mit ungeheurer Spannung entgegen. Man ist entschlossen, die Regierungsvorlage über die Zivilliste am Freitag zu erledigen, wenn nicht, in einer Doppelung. Die Regierung setzt alles in Bewegung, um die Liberalen für die volle Erhöhung der Zivilliste unzugänglich; so hat Herr v. Hertling den Führer der liberalen Opposition, Herrn Müller-Meinungen, zu einer längeren Verbergung persönlich empfangen. Es heißt aber, daß die Liberalen in ihrem größten Teil festbleiben wollen. (Wirklich? Na, na!) Damit hängt die Entscheidung über die Zivilliste und vielleicht auch über das Ministerium Hertling von drei oder vier Stimmen ab. So sieht das „Gottesgnadentum“ hinter den Kulissen aus! Der neugemachte bayerische König hat sich vom „Volke“ draußen auf der Straße unheimlich lassen und die patriotische Presse verurteilt, die Abweisung eines neuen Königs von Gottes Gnaden und die Wahrung eines neuen Königs von Zentrums Gnaden sei der innigste Wunsch des ganzen Volkes. „Gull“ Deshalk machen wir den Vorstoß, daß ganz Bayern sich über die neue Lohnerhöhung für den geliebten Landesfürsten zu betragen und eine Volksabstimmung vorzunehmen. Warum jaget man, den König und die Glorie des Monarchen vom ganzen Volke bestrafen zu lassen?

2. Erhöhung der Zivilliste auf Antrag von Arbeitern? Diese merkwürdige Forderung muß aus Baden registriert werden. Das Parlsruher Hoftheater muß vom badischen Großherzog finanziert werden; im Jahre 1912-13 betrug der Zuschuß 460.000 Mk. Als nun vor einigen Wochen das Maschinenpersonal dieses Theaters sich an die Intendanz um eine Erhöhung seiner recht dürftigen Bezüge wandte, erhielt es ablehnenden Bescheid. Darauf ließ es die Lohnerhöhung gleichfalls ab und ließ den Maschinenarbeitern „eines“ Theaters mitteilen, daß eine Erhöhung der Bezüge des Hoftheaterpersonals nur erfolgen könne, wenn zu

gleich die Jüdische überhaupt erhöht werde oder daß die Stadt Karlsruhe einen Zuzug leiste. Das Majestätspersonal beschließt nun auch den letzteren Weg, aber die Karlsruher Stadterhaltung wüßte ab.

Und jetzt hat das Majestätspersonal für den badischen Großherzog eine Vertition beim Landtag eingereicht, damit seine Bezüge erhöht werden. Die vor vier Monaten durch die Presse gelangene Nachricht, daß die badische Jüdische um 700 000 M. erhöht werden solle, welche damals scharf bemerkt wurde, enthält also doch ihre Vertition. Der badische Großherzog bezieht zurzeit vom Staat 1 689 883 M.

Wir werden am teuersten regieren!

Durch die Vielheit der Fürsten hat das deutsche Volk überhaupt die teuerste Verwaltung unter allen Völkern der Erde. Mit den jetzt vorgelegten Jüdischen-Erhöhungen (auch Neuen hat ähnliche Anträge) steigt die Summe der Beträge, die das deutsche Volk für seinen herrlichen Fürstentum aufbringt, auf vierzig Millionen Mark jährlich. Auf den größten Staat, der allein zwei Drittel (40 Millionen) der Bevölkerung des Deutschen Reiches umfaßt, auf Preußen, entfallen 19 Millionen Mark. Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Oldenburg, S. Weimar, S. Meiningen, S. Altenburg, S. Koburg-Gotha, Braunschweig, Sch.-Moldau und S. und S. Erbherzogtümer mit rund 17 Millionen Einwohner bringen zusammen 20 Millionen Mark auf. Die übrigen deutschen Fürsten (W. S. Meiningen, W. S. Schwarzburg, S. Altenburg, Waldeck, Reuß, J. u. d. S., S. Lippe und S. Detmold) beziehen ihr Einkommen aus Domänenrenten. Zum Vergleich sei angeführt, daß das englische Volk (42 Millionen Einwohner) eine Jüdische von 14 Millionen Mark, Oesterreich-Ungarn (51 Millionen Einwohner) 19 Millionen Mark, Anhalt (Cur. 134 Millionen Einwohner) 34 Millionen Mark aufbringen. In den beiden großen Republiken Frankreich (40 Millionen Einwohner) und Vereinigte Staaten von Amerika (102 Millionen Einwohner) betragen die Einkünfte der Präsidenten 600 000 Frank und 50 000 Dollar.

Die Zaberer „Wades“-Affäre

wächst sich immer mehr zu einer Haupt- und Staatsaktion aus, die so recht erkennen läßt, wie die elysiumbringende Regierung vor der Militärbehörde die Segel streicht. Nachdem sich herausgestellt hat, daß der Oberst des Zaberer Regiments gar nicht in Urlaub war, sondern mit dem kommandierenden General von Demling in Berlin gewesen ist, meldet am Donnerstag der Zaberer Gerichtsbeamte des Straßburger Zentrumsorgans Der Elffässer, daß jetzt die elysiumbringende Soldaten von Zaberer Regiment bestraft werden. Der Oberst und der Kommandant versehen den Dienst und die elysiumbringenden Soldaten werden bestraft. Die elysiumbringenden Rekruten sind den Garnisonen Reutelsbach, Solmer und Ströbungen zugeteilt. Auch die alten Mannschaften elysiumbringend müssen Zaberer verlassen. Es handelt sich um 31 Rekruten, wiesad Säbne von Arbeiterkern, die sich zum großen Teil freiwillig gemeldet haben, um in der Heimat zu dienen.

Wegen die Behauptung der Militärbehörde, daß der Kommandant in der Instruktionsstunde nicht von einer Besichtigung der französischen Besatzung gesprochen habe, vorbestimmt am Donnerstag der Elffässer folgendes Schriftstück, das von vielen Lesern unterzeichnet ist:

„Auf Ehre und Gewissen erkläre ich, daß ich und jeder der Unterzeichneten mit eigenen Ohren gehört haben, wie Kommandant Freiherr von Hofmeier am 14. November 1913 morgens zwischen 7 und 8 Uhr in der Instruktionsstunde auf Stufe Nummer 141 bei einer Unternehmung über die Fremdenliste die Worte gebraucht hat: Diese Leute (die Besatzungsführer) haben seine andere Ehre, als unter der französischen Fahne zu dienen. Auf die französische Fahne konnte ich meine Ehre legen.“

Weiter wird dem Wate gemeldet, daß am Dienstag morgen, bevor der kommandierende General von Demling die Soldaten in Zaberer demnach, der Oberst von Reuter eine Ansprache an die versammelten Soldaten hielt, in der er dem Sinne nach folgendes aussprach: Es habe ich im Regiment ein Fall ausgetragen, der durch das Hinaustragen in die Öffentlichkeit fast übertrieben worden sei. Es sei dies eine Besichtigung des Fahnenweises. Als er (der Oberst) das Regiment übernahm, habe er das mit der Wacht getan, es zum ersten des Armeekorps zu machen. Heute sei das Regiment das mißliebteste. Das Regiment sei mit Schmutz besudelt; selbst ich an seine Person für der Schmutz gespritzt worden. Er werde nicht ruhen und rasten, bis diejenigen zur Strafe gezwungen sind, die die Sache hinausgetragen haben. In seiner 30jährigen Dienstzeit habe er noch keine solche Schande erlebt.

In seiner Sitzung vom Mittwoch nahm der Bezirksrat für den Unterwald folgendes, vom Besonderen Petros eingebrachten Antrag an:

„Angesichts der Vorgänge in Zaberer spricht der Bezirksrat den Wunsch aus, der Bezirkspräsident möge bei der Landesregierung dahin wirken, daß diese ihren ganzen Einfluß aufbietet, damit Säbne, wie sie sich in Zaberer ereignet, nicht mehr vorkommen und die elysiumbringende Bevölkerung vor demartigen Vorfällen geschützt werde.“

Auch der Bezirksrat für den Oberwald nahm eine ähnlich lautende Resolution des Besonderen Emmel an.

Angestellte und Streikbrecherisch.

Forderungen und Proteste.

Die Bemühungen aller Schmarotzer und Arbeiterfeinde um einen erhöhten Streikbrecherzuschlag waren noch nie so lebhaft wie jetzt. Unter der Flagge „Schutz für die Arbeitswilligen“ hofft man, ersten dem Koalitionsrecht der Arbeiterklasse an den Krügen gehen zu können, zweitens die Organisation der freien Gewerkschaften zu schwächen und zu zerstückeln. Deshalb wird ein so furioser Druck hinter die Forderungen gemacht und die ganze öffentliche Meinung in Aufregung gehalten.

Doch schon bei diesem ersten Ausschreiten zeigt sich, daß durch allzu scharfes Vorgehen auch die Kräfte der Arbeiterklasse angeknüpft werden. Die beiden wichtigsten Herausforderungen, die Einsetzung einer nationalberaten „Studienkommission“ und die Schmarotzerforderungen des Industrials vom Hansfunde, haben bereits den Widerstand der Angestellten und sonstigen Abhängigen geweckt. Von einigen Erklärungen und Protesten haben wir schon berichtet; heute liegt eine Meldung aus Stettin vor, nach der die dortige Hanfhandlungsgruppe den Antrag auf verhängnisvollen Arbeitswilligenzuschlag nicht gutheißt: „Es verlangt zwar scharfe Anwendung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften überall, wo es geboten erscheint, hält aber auch die bestehenden Gesetze bei richtiger Anwendung für zu gering und erklärt sich deshalb gegen jede der vom Industrials geforderten Gesetzesänderungen.“ — Auch der geschäftsführende Vorstand des Bundes der

Bestbeschäftigten hat eine Resolution gefaßt, in der er sagt:

„Schon die eine Forderung des Industrials auf Ausdehnung des § 31 des Bürgerlichen Gesetzbuchs auf die Berufsvereine, obne das Zugeständnis der Reichslosigkeit, bringt unabwehrbare Gefahren für die Weiterentwicklung und der Beamten- und Angestelltenverbände mit sich. Im Falle der staatlichen und privaten Großbetriebe können neben der breiten Masse der Arbeiter auch die Angestellten und Beamten allein durch Zusammenfassung der Einzelkräfte in Berufsorganisationen zu einer gefährlichen und freieren Selbstverwaltung aufsteigen. Der Wunsch aller Bürger festhält aber die Grundlagen des Staates und gewährleistet den politischen Fortschritt. Aus diesen Erwägungen heraus spricht der geschäftsführende Vorstand des Bundes der Bestbeschäftigten sein lebhaftes Bedauern über die Beschlüsse des Industrials im Hansfunde aus, zumal die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen für einen wirksamen Schutz der Arbeitswilligen nach seiner Auffassung durchaus genügen. Vor allem bedauert er den darin zugrunde liegenden Mangel an Verständnis für die Bedeutung zielbewusster Arbeit der Berufsorganisationen in kultureller und staatspolitischer Hinsicht.“

Das Berliner Tagblatt meldet übrigens, daß bereits eine lebhaftere Bewegung für den Austritt aus dem Hansfunde im Gange ist. Das wäre dort allem für die Angestellten das Nächste. Im allgemeinen aber ist es zu begrüßen, daß die im Angestellten noch rechtzeitig zur Erkenntnis kommen, wie der Kapitalismus arbeitet und auch ihre elysiumbringenden Rechte beobachtet. Im Widerstand gegen die Anstimmungen des Koalitionsrechts und ihre Einführung der vorkommenden kapitalistischen Eliten bildet die organisierte Arbeiterklasse die Kerntruppe. Sie wird es an Energie nicht fehlen lassen; mögen die Angestellten auch ihre Pflicht tun!

Die Schnüffel der Militärbehörden

nach der politischen Gesinnung der Militärpflichtigen wird in Württemberg mit denselben Eifer betrieben, wie im Norden des Reiches. Und die Kommunalbehörden leisten bereitwillig Handlangerdienste dabei. Die Schwäbische Tagwacht teilt das in ein Schullehnenamt geschriebene Schreiben eines Bezirkskommandos mit, worin Auskunft darüber verlangt wird, ob ein vor der Förderung zum Unteroffizier stehender Reserveoffizier der sozialdemokratischen oder der anarchistischen Partei angehöre. Eifrig antwortet das Schullehnenamt, über den betreffenden könne nichts Nachteiliges gesagt werden, er habe noch nicht die geringste Straftat begangen, aber er sei Vorsteher der sozialdemokratischen Partei am Orte und Befürworter aller nationalen Ideen. Gäbe der Mann das Strafrecht verstoßen, so würde das seine Qualifikation zum Unteroffizier vielleicht nicht beeinträchtigen, aber daß er sozialdemokratisch sei, das macht ihn ungeeignet. Unter dem Vorbehalt der Unterwürfigkeit und der Selbstverwaltung beruhenden Kommunalbehörden militärische Schnüffel unterstufen!

Deutsches Reich.

— **Beratungsvorstand für den Reichstag.** Aus Berlin wird gemeldet: Der Gesetzentwurf über die Wiederaufnahme eines Zivilinvalide vor dem Reichstag ist nunmehr in den Ausschüssen des Reichstages durchgesehen und für die Beratung im Plenum verabschiedet worden. Er wird bei Wiederauftritt des Reichstages sofort diesem vorgelegt werden. — Auch die Gewerbeordnungsnovelle zur Befähigung der Sekundärliteratur wird in der nächsten Woche fertiggestellt werden.

— **Um das Frauenwahlrecht für die Wahlen zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten.** Die Abgeordnetenkammer des unteren Hauses beschloß am Donnerstag mit einer Mehrheit von 190 gegen 100 Stimmen den Antrag, bei der nächsten Regierung aufzuerstehen, darauf hinzuwirken, daß den Frauen das aktive Wahlrecht zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten sowie zu den Handels- und Gewerbeämtern gewährt werde. Nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch das Zentrum unterstützen den Antrag, der dann auch fast einstimmig angenommen wurde. Ein Regierungsvertreter hatte zuvor erklärt, daß die kaiserliche Regierung beim Bundesrat seinen Antrag auf Einführung des Frauenwahlrechts zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten einbringen wolle, da Reichstag und Bundesrat sich dagegen ausgesprochen hätten. Die Regierung wolle aber die Frage des Wahlrechts zu den Handels- und Gewerbeämtern nachher „erörtern“.

— **Der gescheiterte Kruppenterror konstatieren?** Nach einer Meldung der Völkischer Zeitung tritt ein Direktor der Siemens- und Halske-Gesellschaft in die Verwaltung der Krupp ein. Es wird daran die Vermutung geknüpft, daß das Verbot ein soll für den Direktor Cuccius, der aus dem Kollegium der Kruppdirektion zu gegebener Zeit auscheiden werde.

Oesterreich-Ungarn.

— **Die Kosten der österreichischen Balkanpolitik.** Den Delegationen ist das Heeresbudget unbekannt worden. Es ergibt sich daraus, daß die Balkanpolitik des Grafen Verdolff bisher nicht weniger als 301 Millionen Kronen gekostet hat. Die eigentliche Mobilisierung kostet nur 114 Millionen. Der Rest von 203 Millionen ist für alle möglichen von dem Parlament noch nicht bewilligten und noch nicht einmal beantragten Anschaffungen, Festungsbauten usw. verwendet worden. — Ein neuer Späß, dessen Kosten natürlich das österreichische Volk zahlen muß.

— **Sozialdemokratischer Wahlsieg.** Bei den Gemeinderatswahlen in Graz wurden in der dritten Abteilung sämtliche sozialdemokratischen Kandidaten gewählt. Die Wählergebnisse hatten schon gar nicht erst Kandidaten aufgestellt. Die Sozialdemokratie hat ein Drittel der Gemeinderatsmitglieder inne.

Mexiko.

Amerika droht mit „energisches Maßnahmen“. Die Lage in Mexiko droht nach den neuesten Meldungen in den letzten Stunden wieder kritischer geworden zu sein. Der amerikanische Gesandte in Mexiko soll vom Staatssekretär Bryan ein Telegramm erhalten haben, in dem Bryan ankündigt, daß „energisches Maßnahmen gegen Mexiko“ nunmehr in Vorbereitung seien. — Präsident Wilson soll der Meinung sein, daß die Regierung Huertas in der Forderung bescheiden sei und daß die schließliche Abhandlung Huertas sicher sei. (?) Der mexikanische Kongreß erklärte sämtliche Wahlergebnisse für gültig. Huerta sucht in der Volkskraft, die er dem Kongreß zugehen ließ, die diktorische Auflösung des alten Kongresses zu rechtfertigen. Die Volkskraft geht nicht auf die internationalen Beziehungen ein und beschränkt sich auf einen

Meberblick über die Vorfälle, die zur Auflösung des alten Kongresses führten. Die indirekten Steuern auf Zabel, Alkohol und Petroleum sollen um 1/2 erhöht werden.

Mexiko, 20. November. Die Mitglieder der fremden Kolonien in der Hauptstadt treffen Vorbereitungen zur Verteilung für den Fall von Unruhen. Der englische Gesandte Garben hat den britischen Staatsangehörigen geraten, für Verteilungsmaßnahmen eine Organisation zu schaffen. Die Amerikaner planen Verteilungsmaßnahmen, ohne abhängige Kolonien schützliche von ihrem Geschäftsträger erhalten zu haben. Es ist möglich, daß eine allgemeine Verteilungsorganisation geschaffen wird, welche die britischen, britischen und österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen umfassen würde.

London, 20. November. Die bei Barbados liegenden britischen Kreuzer haben den Befehl erhalten, nach dem mexikanischen Gewässern abzugehen und sind bereits von Kingston abgegangen. Wie verlautet, sollen zwei Kreuzer dazu verwendet werden, um die britischen Staatsangehörigen in Mexiko aufzunehmen, falls dies notwendig werden sollte. — Der deutsche Kreuzer Bremen ist, wie schon gemeldet, bereits in Tampico eingetroffen, um eventuell die Deutschen an Bord zu nehmen, die aus dem Innern dort angekommen sind.

China.

— **Diktatur und neue Steuern.** Der Premierminister veröffentlicht eine Erklärung, daß er „die Absicht“ habe, wenn möglich, eine weitere Verfassungsänderung zu verwirklichen. Die Ausgaben einzuschränken und die Einnahmen zu heben, indem er die bestehenden Steuern ertragsfähiger mache und neue Steuern schaffe, die Ausgaben und alle bestehenden Verpflichtungen voll gedeckt wären. Es sind Steuern auf Wechsell und auf Zabel vorgeschlagen sowie eine Erhöhung der Zölle, und wenn möglich, noch eine innere Anleihe. Die Erklärung wurde veröffentlicht in der Absicht, „das Volk über seine Lage „aufzuklären“ und es auf die höheren Steuern vorzubereiten.“

Aus der Partei.

Bürgerhaftswahlen in Lübeck.

Am Dienstag fanden in der Stadt und den Vorstädten die Erprobungen zur Bürgerhaft statt. Die vier von uns bisher innegehabten Mandate der zweiten Klasse (Bürger mit einem Einkommen unter 2000 M.) wurden glänzend behauptet. Unsere Kandidaten vereinigten zusammen 4218, die Gegner 962 Stimmen auf sich. In der ersten Klasse (Bürger mit über 2000 M. Einkommen) feierten wir unsere Stimmenzahl um 15 bis 50 Prozent. Nachdem, wie schon berichtet, in der vorigen Woche auf dem Landgebiet zum ersten Male ein Genosse gewählt worden ist, hat die sozialdemokratische Fraktion in der Bürgerhaft Nummer 13 Sitze — bisher 12 — inne.

Die vom Reichsverband behobene Presse wurde von einer Niederlage unter Genossen zu berichten. Als im Landgebiet zum ersten Male ein Sozialdemokrat gewählt wurde, nahm die reichsverbandliche Presse an, daß dies der ganze Gewinn der Sozialdemokratie sei, die damit also vier Mandate eingewirkt hätte. In Wirklichkeit fanden die Wahlen in der Stadt Lübeck später statt, und dort haben wir unsere Sitze glänzend behauptet. So werden von der dem Reichsverband unterstehenden Presse sozialdemokratische Wahlsiege in Niederlagen umgelogen.

Die Arbeiterbewegung in Holland.

Nach der vorliegenden neuesten Statistik war die Entwicklung der holländischen Arbeiterbewegung im vergangenem Jahre (Oktober 1912 bis Oktober 1913) sehr erfreulich. Die der Zentrale angehörenden Gewerkschaften feierten ihre Mitgliederzahl von 56 884 auf 79 327. Die Mitgliederzahl der Partei fiel von 14 154 auf 20 623 in angegebenem Jahr; sie gewann bisher noch über 1000 neue Mitglieder. Die Zahl der Ortssektionen der Partei vermehrte sich von 273 auf 373. Die Zentrale des Zentralorgans der Partei fiel von 2000 auf 28 000, die der Frauenzeitung von 4000 auf 5500. In den Gemeindevertretungen erhöhte sich die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter von 171 auf 247, in den Provinzialvertretungen von 23 auf 52. Die Wachstumszahl der Partei verbreitete 476 950 Präjuristen. Die Zahl der Parteiblätter beträgt jetzt 27, die Zahl der von den modernen Standpunkt betretenden Gewerkschaftsblätter 43, die der örtlichen Gewerkschaftsblätter 48.

Holländische Parteiung.

Unser sinnlicher Mitarbeiter schreibt uns: Der kürzlich abgeschlossene holländische Parteitag in Amsterdams hat eine erfolgreiche Arbeit geleistet. Nachstehend sei kurz auf die wichtigsten Ergebnisse des Parteitages hingewiesen.

Genau der Präsidienfrage, die durch den Vorfall des Genossen D. in der vorigen Landtage höchst aktuell geworden war, sah die Parteiung (abgesehen von mit 46 Stimmen gegen 44) einen Beschluß, der der Fraktion in Fällen, wo eine Gefahr von der Volkstretung abgemindert werden kann, die Annahme des Präsidienpostens gestattet, der aber für normale Verhältnisse die Regel enthält, daß die Sozialdemokratie bei einer bürgerlichen Mehrheit nicht das Präsidium ausüben soll. Von Wichtigkeit ist der Beschluß des Parteitages, monach das Zentralorgan Prodomis in Delfingford dem Parteivorstand unterstellt werden soll. Zurzeit wird das Blatt von der Verlags-„Artien“-Gesellschaft für Arbeiterpresse herausgegeben, während das Bestimmungsbuch über das Wahlrecht in den Städten der Delegiertenversammlung des Helfingforder Parteifreies befindet.

Von großer Bedeutung für die soziale Entwicklung Finnlands sind die Verhandlungen und Beschlüsse des Partitages über die Wählerfrage. In Finnland fristen über 160 000 Familien, das ist etwa ein Fünftel der Gesamtbevölkerung, ihr Dasein als kleine Bauern, die ihre Pacht zum Teil noch durch Fronarbeit erhalten. Die Lage dieser Fronbauern sollte durch das neue Wahlgesetz für Jahre 1909 verbessert werden, das eine Karenzzeit von 7 Jahren festsetzt, in der die Grundbesitzer verpflichtet sind, ihre Pachtverträge entsprechend dem neuen Gesetz abzumildern. Da nun dieses Gesetz den Grundbesitzern gewisse Einschränkungen vordrängt, zugleich aber die Kleinbauern der Bauern freiließt, ist es als wünschenswert anzusehen, daß im Jahre 1916 gegen 10 000 000 Kronen auf die Ertragssteuern mit 46 Stimmen im Landtag vorzubringen, will die Sozialdemokratie noch vor dieser Zeit ein neues Wahlgesetz schaffen, das den Grundbesitzern das Recht des Hinauswurfs der Wähler nimmt.

Ferner erstrebt die Sozialdemokratie eine Abänderung der Partistellen mit Staatsfiskal, und zwar in einer Weise, daß der Ertragswert des unbedeutenden Hohnens dem Abhängigen zugrunde gelegt wird. — Der Parteitag stimmte der Taktik der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in der Wählerfrage zu und sprach sich dahin aus, daß die Wählerfrage der Fronpächter in dieser Weise mit aller Energie betrieben werden soll.

Beliebig
Das
Hamburg
Sunges
und die
Werte
In de
Schließ
wies in
1. Bei
2. Mi
behalten
ausdrück
3. We
renge f
4. Ein
1. Bei
2. Bei
3. Bei
4. Bei
5. Bei
6. Bei
7. Bei
8. Bei
9. Bei
10. Bei
11. Bei
12. Bei
13. Bei
14. Bei
15. Bei
16. Bei
17. Bei
18. Bei
19. Bei
20. Bei
21. Bei
22. Bei
23. Bei
24. Bei
25. Bei
26. Bei
27. Bei
28. Bei
29. Bei
30. Bei
31. Bei
32. Bei
33. Bei
34. Bei
35. Bei
36. Bei
37. Bei
38. Bei
39. Bei
40. Bei
41. Bei
42. Bei
43. Bei
44. Bei
45. Bei
46. Bei
47. Bei
48. Bei
49. Bei
50. Bei
51. Bei
52. Bei
53. Bei
54. Bei
55. Bei
56. Bei
57. Bei
58. Bei
59. Bei
60. Bei
61. Bei
62. Bei
63. Bei
64. Bei
65. Bei
66. Bei
67. Bei
68. Bei
69. Bei
70. Bei
71. Bei
72. Bei
73. Bei
74. Bei
75. Bei
76. Bei
77. Bei
78. Bei
79. Bei
80. Bei
81. Bei
82. Bei
83. Bei
84. Bei
85. Bei
86. Bei
87. Bei
88. Bei
89. Bei
90. Bei
91. Bei
92. Bei
93. Bei
94. Bei
95. Bei
96. Bei
97. Bei
98. Bei
99. Bei
100. Bei

Gewerkschaftliches.

Beilegung der Differenzen zwischen Großeinkaufsgesellschaft deutscher Kaufmänner und Tabakarbeitern.

Das eingeleitete Schiedsgericht tagte am 17. November in Hamburg; es wurde geleitet durch die Herren Prof. Dr. Lange, und Robert Schmidt als Vertreter der Gewerkschaften und die Herren von Elm, Karhöf und Dr. Müller als Vertreter der Kaufmänner.

In der Einleitungsverhandlung vom 8. November waren dem Schiedsgericht die folgenden 3 Fragen zur Entscheidung überwiesen worden:

1. Bedeutet die Abnahmeleistung der fertigen Bigaretten eine Mehrarbeit, die entschädigt zu werden ist?
2. Ist die Großeinkaufsgesellschaft berechtigt, auf Grund der bestehenden Arbeitsordnung eine halbtägige Welparade anzuordnen?
3. Welches ist der Inhalt des beim Ausdruck von Differenzen?

Das Schiedsgericht fällt folgende Entscheidung:

1. Bei den Erörterungen über diesen Punkt hielten die Vertreter der Arbeiter daran fest, daß die Abnahmeleistung für sie eine Mehrarbeit bedeute, während von der Geschäftsleitung der Großeinkaufsgesellschaft betont wurde, daß die gleiche Arbeit in anderen privaten Betrieben in Frankfurt und Umgebung bei erheblich geringeren Löhnen ausgeführt wird. Das Schiedsgericht kam zu dem Ergebnis, daß wenn eine Mehrarbeit vorliegt, sie nicht von erheblicher Art sein kann. In dem Maße, in dem die Arbeiter für die Arbeitsmethode nicht die nötige Leihung besitzen. Mit Rücksicht darauf erachtet es das Schiedsgericht für angemessen, wenn ein Entschädigung von 10 Pfennigen pro Tausend gewährt wird.

2. Das Schiedsgericht empfiehlt der Großeinkaufsgesellschaft, dem Wunsch der Arbeiter auf Wegfall der Nachmittagspause insofern zu entsprechen, als sie zunächst beschließen die Welparade in Wegfall kommen läßt. Sollte sich herausstellen, daß trotzdem während der Arbeitszeit Speisepausen eintreten, so ist nach Meinung des Schiedsgerichts die Großeinkaufsgesellschaft berechtigt, die von ihr in Aussicht genommene Pause einzuführen. Das Verbot der Geschäftsleitung der Großeinkaufsgesellschaft, in ihren Tabakfabriken an den Arbeitstagen Eisen einzunehmen, kann vom Standpunkte der Sozialpolitik und Hygiene und im Interesse der Bigarettenkonsumenten nur gebilligt werden.

3. Was die Streitfrage betrifft, ob nicht vor Ausdruck des Konfliktes ein Schiedsgericht oder der Zentralvorstand des deutschen Tabakarbeiterverbandes zur Schlichtung der Streitigkeiten anrufen war, so ist das Schiedsgericht der Meinung, daß die Arbeiter für die in diesem Konflikt gehandhabte Sache nicht zu einem solchen Schritt hätten werden. Der Zentralvorstand des Tabakarbeiterverbandes oder eines Schiedsgerichts zu einem Ausgleich der Differenzen gekommen. Obwiewohl erachtet es dem Schiedsgericht, daß in dem Tarifvertrag des deutschen Tabakarbeiterverbandes mit der Großeinkaufsgesellschaft ein Schiedsgerichtszustand nicht vorgesehen ist. Im Hinblick auf den Wunsch der Arbeiter, das Schiedsgericht den Beteiligten den Rat erteilen zu müssen, diese Punkte im Vertrag recht bald auszufüllen und dem Beispiel anderer Verträge folgende Tarif der Beschäftigung des gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Tarifamtes zu unterstellen.

Wie zur Entscheidung eines solchen Schiedsamtens dürfen weder Auskünfte noch Ausprägungen erfolgen. Die Entscheidung des Schiedsgerichts wurde einstimmig gefällt.

Der allgemeine Bergarbeiterstreik in Frankreich.

Der Streik der Kohlenbergarbeiter nimmt im Bezirk Douai noch ständig zu. Die Nacht zum Donnerstag war sehr unruhig. Auf dem Bahnhof in Le Noble wurden Streikbrecher von den Streikenden gezwungen, wieder in den Zug zu steigen. Am 17. November sind in Douai 2000 Mann im Ausstand. Nur in der Grube von Bruay ist die Belegschaft voll eingearbeitet.

Da auch in den anderen Kohlenrevieren Frankreichs die allgemeine Streikbewegung sich ausbreitet, wird es in den nächsten Wochen voraussichtlich zu einer Diskussion über den Ausstand kommen. Denn die Ausstandsbewegung ist in Wirklichkeit eine Folge der Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit. Die gleichzeitige Einberufung von zwei Rekrutenjahrgängen hat den Bergarbeitern Laufende von Arbeitsentzügen und die Bergwerksbetriebe haben nun den älteren Arbeitern in noch größerem Maße als bisher Arbeitsentzügen auferlegt, während die Gehälter der Bergarbeiter sich fast nicht vermindern, die Zahl der Überstunden herabzusetzen. Infolge des Streiks der Schiefermacher hat nun noch obendrein der Senat bei der gleichzeitigen Regelung dieser Frage vor acht Tagen eine geradezu ungenügende Haltung eingenommen, indem er die Bergarbeiter der Überstunden von 90 auf 60 Stunden im Jahre herabsetzte, worauf jetzt die Bergarbeiter mit dem Ausstand geantwortet haben. Es ist möglich, daß der Senat den Bergwerksbetriebe aufzufrieden auf die Folgen der Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit entgegenkommen ist. Der Abgeordnete Traub hat heute nachmittags die Regierung über den Streik interpelliert.

Der Verwaltungsrat des Bergarbeiterverbandes hat von den Doarbeitern in Dünkirchen ein Sympathieheftchen erhalten und beschloß, die Doarbeitern in Dünkirchen zu bitten, Schiffe mit englischer Kohle nicht auszuladen.

Der Streik der Kaiser Kartonnagen- und Eisenarbeiter geht jetzt bereits in die letzte Woche und ein Ende ist noch nicht abzusehen, nachdem die Fabrikanten den Versuch der Streikenden, durch Werksrat-Kommissionen zu einer Verständigung mit ihnen zu gelangen, nach einigen Winkeln mit der Forderung der bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit beantwortet haben. In einer Versammlung der Streikenden am 18. November, in der die Vertreter des Arbeiterverbandes es ihnen freigestellt, nach eigenem Ermessen selbst zu entscheiden, ob sie darauf eingehen wollten, erklärten sie sich mit 216 gegen zwei Stimmen gegen die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit, was dem Vorstehenden der Fabrikanten-Bereitigung nach am gleichen Tage mitgeteilt wurde, da aber von den Fabrikanten jede weitere Verhandlung abgelehnt wurde, geht der Kampf weiter. Zugang ist fernzuhalten.

Streik der Damaszirer, Weber und Hilfsarbeiter in Solingen.

Die Damaszirer, Weber und Hilfsarbeiter von Solingen und Umgebung sind am Montag, den 17. November, in den Streik eingetreten. Alle Beamten der Arbeiterorganisation, die Bewegung auf friedlichem Wege zu erledigen, fanden bei den Unternehmern keine Gegenliebe, sogar eine unerbittliche Ausladung wurde abgelehnt. Die Situation ist für die Streikenden günstig, falls sich von außerhalb keine Streikbrecher einfinden, werden die Unternehmern eher kurz oder lang Zugeständnisse machen müssen.

Abnahmeleistung in rheinische Braunkohlenbergbau. Die Bergarbeiter der rheinischen Braunkohlenreviere sind in eine Abnahmeleistung eingetreten. Sie fordern vor allem im Hinblick auf die steigende Zahl der Krankeinfälle und der Unfälle, sowie auf die steigende Rentabilität des Bergbaus im Braunkohlenreviere eine Verkürzung der Arbeitszeit, die zuerst etwa 12 Stunden betragt.

Soziales.

Grubenexplosionen und Schlagwettergefahr.

Es ist bereits darauf aufmerksam gemacht worden, daß die von Professor Haber dem Kaiser vorgelegte Schlagwettergefahr zunächst nur als eine Erfahrung angesehen werden darf, der schon viele ähnliche vorausgegangen sind. Dabei ist weiter mit Nachdruck hervorgehoben worden, daß die praktische Anwendung der Haber'schen Erfahrung noch ebenso zweifelhaft ist, wie es ihre Vorarbeiten bei ihrem Bekanntwerden waren und über die die Ästen mittlerweile gelehrt sind. Es ist vor allem betont worden, daß der überliche Apparat, selbst wenn seine dauernde Funktionsfähigkeit in der Grube sich erweisen sollte, er in praktischer Wert und Zuverlässigkeit nicht im entferntesten an die heute gebräuchlichen Benzol-Sicherheitslampen heranzutreten würde.

In einem Artikel Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosionen nimmt die Deutsche Bergarbeiterzeitung (Nummer vom 12. November) für die Sache noch einmal das Wort. Das Unternehmern schreibt:

Mit Rücksicht auf die erwähnte Erfahrung, die Schlagwettergefahr, die bereits verschiedentlich die Bergarbeiter angeht worden, es könnten nimmermehr die algebräuchlichen Benzol-Sicherheitslampen abgethan und durch die sicheren elektrischen Lampen ersetzt werden. Die bergmännischen Kreise, die Werkverwaltungen und die Bergleute begangen die Gefahr, auf Grund der erwähnten Erfahrung, die Schlagwettergefahr, die bereits verschiedentlich die Bergarbeiter angeht worden, es könnten nimmermehr die algebräuchlichen Benzol-Sicherheitslampen zu lange unbedingte Erlaubnis zu nehmen ist, als nicht deren wichtigste Vorsorge, die selbsttätige und augenblickliche Anzeige nicht bloß von schlagenden, sondern auch von matten (sauerstoffarmen) Wettern, gleichwertig ersetzt wird. So sah sich die Bergarbeiterzeitung vom 26. Oktober 1910 gezwungen, ihre Ausführungen in einem längeren Artikel über die Sicherheitslampen in den Schluß zu fassen: „Deshalb wehrt sich die Bergarbeiterzeitung gegen die Einführung der elektrischen Lampe.“

Das ist tatsächlich die einheitliche Meinung aller Bergarbeiter. Ein Umzug war es deshalb auch, an die überliche Schlagwettergefahr Folgerungen und Erörterungen zu knüpfen, wie es in den in der Presse veröffentlichten Berichten gemacht ist.

Weber die Hauptgefahr und den Umfang der Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosionen seien dem Artikel folgende Angaben entnommen. Nach amtlichen Quellen (Winterhalbeschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen) haben sich im Jahre 1910 in der Zeit von 1881 bis 1909 durchschnittlich 70,6 die Zahl der Explosionen, die Zahl der dabei tödlich Verunglückten betrug pro Jahr durchschnittlich 104,8. Die Zahl der Verunglückten 58,6, die der Verletzten 102,8. Die Zahl der beschäftigten gewöhnlichen Bergleute betrug im gleichen Zeitraumbereich durchschnittlich pro Jahr 199 426. In der Zeit von 1891 bis 1900 lag die Zahl der Explosionen durchschnittlich bei 70,6, die der Verunglückten bei 73,2, die der Verletzten bei 80,6, die der Verunglückten bei 81,5. Die Zahl der beschäftigten Bergleute betrug durchschnittlich 204 788. Von 1901-1910 sind durchschnittlich pro Jahr 80,7 Explosionen vorgekommen, die Zahl der Toten lag noch weiter um ein geringes, nämlich auf 80, der Verletzten auf 116,8, die Zahl der Verunglückten auf 482 181.

Eine erfreuliche Entlohnung zum Besseren läßt sich also nicht verkennen. In dem Maße auch das Unternehmensverhältnis darauf aufmerksam, daß die Hauptgefahr durch Explosionen nur in der Zeit von 1881 bis 1909 durchschnittlich 70,6 die Zahl der Explosionen, die Zahl der dabei tödlich Verunglückten betrug pro Jahr durchschnittlich 104,8. Die Zahl der Verunglückten 58,6, die der Verletzten 102,8. Die Zahl der beschäftigten gewöhnlichen Bergleute betrug im gleichen Zeitraumbereich durchschnittlich pro Jahr 199 426. In der Zeit von 1891 bis 1900 lag die Zahl der Explosionen durchschnittlich bei 70,6, die der Verunglückten bei 73,2, die der Verletzten bei 80,6, die der Verunglückten bei 81,5. Die Zahl der beschäftigten Bergleute betrug durchschnittlich 204 788. Von 1901-1910 sind durchschnittlich pro Jahr 80,7 Explosionen vorgekommen, die Zahl der Toten lag noch weiter um ein geringes, nämlich auf 80, der Verletzten auf 116,8, die Zahl der Verunglückten auf 482 181.

Ein weiterer Beweis für die Wichtigkeit der Sache ist die Tatsache, daß die Hauptgefahr durch Explosionen nur in der Zeit von 1881 bis 1909 durchschnittlich 70,6 die Zahl der Explosionen, die Zahl der dabei tödlich Verunglückten betrug pro Jahr durchschnittlich 104,8. Die Zahl der Verunglückten 58,6, die der Verletzten 102,8. Die Zahl der beschäftigten gewöhnlichen Bergleute betrug im gleichen Zeitraumbereich durchschnittlich pro Jahr 199 426. In der Zeit von 1891 bis 1900 lag die Zahl der Explosionen durchschnittlich bei 70,6, die der Verunglückten bei 73,2, die der Verletzten bei 80,6, die der Verunglückten bei 81,5. Die Zahl der beschäftigten Bergleute betrug durchschnittlich 204 788. Von 1901-1910 sind durchschnittlich pro Jahr 80,7 Explosionen vorgekommen, die Zahl der Toten lag noch weiter um ein geringes, nämlich auf 80, der Verletzten auf 116,8, die Zahl der Verunglückten auf 482 181.

Allelei.

Das Schicksal eines lebensmüden Soldaten.

Der Soldat Peter vom Infanterieregiment Nr. 182 hatte schon wegen geringfügiger Verstößen einige Disziplinarstrafen erlitten und im September war ihm abermals eine Gefängnisstrafe in Aussicht gestellt worden. Das machte ihm schwermütig, er trug sich mit Selbstmordgedanken und entfernte sich schließlich von der Truppe. Nachdem er mehrere Tage als ein wilder Umherirrender, war, sah er den Entschluß, sich das Leben zu nehmen. Anfangs fand er nicht den Mut, und als er den Selbstmordplan zur Ausführung bringen wollte, kam die Verhaftung dazwischen. Im Untersuchungsgefängnis fand er keine Ruhe. Eines Tages fand er in seinem Strafhaus zwei Hühner, und abermals war ein Selbstmordplan fertig. Im sich selbst durch Erhängen zu lösen, brannte er das Bett an und bald war er durch das Einatmen der giftigen Gase bewusstlos zusammengebrochen. Der dicke Rauch war aber auch durch die Zellen mit gedungen und dadurch das Aufsichtspersonal aufmerksam geworden. Man öffnete sofort, holte den bewußtlosen Soldaten heraus und die angetriebenen Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg. Er wurde ins Lazarett überführt und ist heute noch in ärztlicher Behandlung; die giftigen Gase sa sehr auf ihn eingewirkt haben. Das Dresdener Kriegsgericht beurteilte den lebensmüden Soldaten zu sieben Monaten Gefängnis und zur Verbannung in die zweite Klasse des Soldatenstandes.

Ein Schiff auf See vollständig verbrannt!

Witthod nach gegen 1 Uhr wurde auf der Insel Wight in einer Entfernung von 12 Meilen von der Küste von Southampton ein großer Dampfer in Flammen lebend gesichtet. Mehrere Schiffe, die das brennende Schiff bemerkten, machten sich sofort zur Hilfeleistung auf. Die Rettungsstation in Brighton-Darwood hat mobil gemacht und Rettungsboote ausgesandt. Aus Southampton

wurden mehrere große Schiffe zum Scheitern zur Hilfe gerufen. Das brennende Schiff wurde durch die Besatzung der transatlantischen Schiffsfahrtslinie. Auch die in der Nähe befindlichen Dampfer eilten sofort von allen Seiten zu dem brennenden Schiffe.

Aus Winton wird gemeldet, daß es sich bei dem in Brand geratenen Dampfer um ein englisches Schiff handelt. Es ist der englische Dampfer „Scottish“. Das Schiff kam als vollbeladen verloren gefahren. Jeder Rückschlag war bisher vergebens und man kann des Feuers nicht Herr werden. Alle Rettungsboote gebracht werden. Es wurden dann von dem zur Hilfe geeilten englischen Drednought Iron-Date aufgenommen.

Auf dem verbrannten Dampfer „Scottish“ befanden sich, wie festgestellt ist, 27 Passagiere. Das Schiff ist bis auf die Wasserlinie abgebrannt. Alle Menschen, die sich an Bord befanden, konnten gerettet werden. — Heber Einzelheiten wird noch gemeldet; der Dampfer wurde am 20. November von Winton nach Esparotras auf der Seemeile vom Mittelmeer. Das Feuer brach in dem Lageraum im vorderen Teil des Schiffes aus und griff mit großer Geschwindigkeit um sich. Die Löschversuche mußten bald aufgegeben werden, da der Spritzenladung vom Feuer gerührt wurde. Die Boote waren bis auf zwei verbrannt und von diesen war eines bei dem hohen Seegang brandbar. Trotzdem gelang die Rettung durch die herbeieilenden Schiffe.

Schwindel gegen Arbeitslose.

Ein Schwindler, der den Arbeitslosen, als sei er geisteskrank, hat versucht, arbeitslose Arbeiter dadurch zu täuschen, daß er ihnen unwürdige Arbeit verweigert und sich bemühte, einige Erträge zu erlangen, die diese Arbeiter nach Weidenschein in Zahlung bringen sollten. Die Studenten richteten auf die Schwindler dabei von Arbeitslosen 8000 Mk. erwidert haben. Wie die Kriminalpolizei indessen mitteilt, ist niemand schuldig worden, da der Mann des Schwindlers, hinter dem auch die Polizei einen Geisteskranken vermutet, dadurch verurteilt wurde, daß die Geisteskrankung vor der Stellung von Sonderzeugen bei dem Arbeitslosenverhör und so den Schwindel erlöste.

Wortreden eines Soldaten.

Das Berliner Abgeordnetentage wird am 17. November in Berlin in der Hofkapelle der Kaiserlichen Hofkapelle Joseph Straßburg vom 61. Infanterieregiment hat jetzt im Militärarchiv eingesehen, den Doppelraum am Organischen Staatsamt und dessen Wirtin zu verkaufen im Sinne zum Kauf der Nacht zum Montag, den 17. November, derer letzte er das Gefährnis ab, den Rentenscheinnehmer am offenen Straßburg überfallen und beraubt und mehrere Einbruchsversuche ausgeführt zu haben.

Straßenkämpfe in Barcelona.

Zwischen Studenten und der Polizei kam es in Barcelona zu Zwischenfällen, die ihre Entstehungursache angeblich darin haben sollen, daß die Studenten Straßenbahnwagen mit Steinen bewarfen, weil ein Wagen gegen ein Kind umgeworfen wurde. Die Studenten verweigerten die Zahlung der Universität und forderten mit Revolvern gegen die Gendarmen, die das Feuer erwiderten. Als die Polizei in die Universität einbrach, wurde sie von dem Rektor veranlaßt, das Gebäude wieder zu verlassen. — Die Linie Garcia-Barcelona hielt unter bewaffneter Schutz. Die Stadteile, in denen die Studenten ausbrachen, sind militärisch besetzt. Die Anruhen hatten einen ernsteren Charakter.

Legte Nachrichten.

Ein außerordentl. englischer Gewerkschaftskongreß.

Der Vorwärts wird aus London telegraphiert: Nach zweitägiger Beratung kam das parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses, nachdem es den Bericht einer Delegation des Dubliner Gewerkschaftskongresses entgegengenommen hatte, gestern abend zu dem Beschluß, einen besonderen Gewerkschaftskongreß für den 9. Dezember 1913 nach London einzuberufen. Der sich mit der Dubliner Angelegenheit betrafen soll.

Nach Schluß der Sitzung fand in der circa 12 000 Personen umfassenden Versammlung eine enthusiastische Besprechung statt. Die Besprechung war sehr lebhaft, die Beschlüsse der gewählten Kommissionen wurden einstimmig angenommen. Die Beschlüsse sind: 1. Die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse sind in den nächsten einberufen werden soll, erregte bei der Menge der Anwesenden. Über die Gewerkschaften und den Kampf in den nächsten Jahren, die der Beschluß des Komitees wirklich eine revolutionäre Tat sei. Wie zuvor habe man wegen eines wirtschaftlichen Kampfes einen besonderen Kongreß einzuberufen. Genosse Parlin erklärte sich mit dem Beschluß des Komitees einverstanden und sagte, er erkenne an, daß die englischen Gewerkschaftsführer eine große Verantwortlichkeit übernommen hätten.

Nach den letzten Nachrichten aus Dublin haben die Arbeiter beschlossen, nach dem Muster Ulsters eine eigene Bürgerwehr zu organisieren, um so im Gegengewicht gegen die Organisation der Ulsterischen und Nationalisten zu schaffen und ihre Bürgerwehr zu erlebigen. Deswegen hat die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse, der Sohn der Beschlüsse von Dublin, hat gemeinsam mit noch anderen Offizieren die Organisation der Arbeiterbürgerwehr übernommen.

Die Straßenkämpfe in Barcelona.

Bei den Zusammenstößen zwischen Studenten und Polizeibeamten wurden drei Studenten, acht Polizeibeamte und sechs Gendarmen verletzt. Eine Anzahl Gendarmen zu Verletzung mit gegenseitigen Schuß in das Universitätsgebäude ein und verlor die Studenten in den Höfen und Gängen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Verantwortlich für die Verhaftung, Politische Arbeiter, Parteimitglieder Paul Jermisch, für Spanien und Großbritannien Carl Wolf, für Gewerkschaftliche, Sozialistische Bewegung für die Bewegung Wilhelm Rosen; für Halle und Göttingen Otto Müller; für das Reich Friedrich Böhmer; für die Arbeiter Wilhelm Berg; für die Arbeiter Wilhelm Berg; für die Arbeiter Wilhelm Berg; für die Arbeiter Wilhelm Berg.

Die heutige Nummer umfaßt 14 Seiten.

Uhren-, Gold- u. Silberwaren
kauft man am besten bei der als reell und billig bekannten Firma
Amand Weiss, Halle a. S.
Kleinschmieden 6. 4371

Wachten Sie morgen
unsere 4977
Konfektions-Anzeige.
Geschäftshaus
LEWIS
HALLE a. d. S.



Heute neue Auslagen! Seltene Vorteile!

Konsumverein zu Merseburg u. Umg.

(e. G. m. b. H.)

Die von uns in den oberen Räumen der Kaiser Wilhelmshalle veranstaltete

Waren-Ausstellung

ist am Sonnabend den 22. November von 2—7 Uhr nachmittags und am Sonntag den 23. November von 11 Uhr morgens bis 7 Uhr abends für

jedermann

unentgeltlich zu besichtigen. Jeder Besucher erhält ein

Geschenk.

Mitglieder können Bestellungen auf Manufakturwaren abgeben.

Kinder haben keinen Zutritt.

Die Verwaltung.

*2892

15%
Rabatt

Brotfabrik Karl Müller.

Meine Rabattkarten werden nicht nur im Dezember, sondern zu jeder Zeit im Hauptgeschäft eingelöst.
Gleichzeitig empfehle ich auch weiter mein kräftiges und weilschmeckendes Brot.

**Vorzügliches Schlüterbrot und Schrotbrot.
Als neuestes: Feinste Pfannkuchen.**

**Brotfabrik Karl Müller,
Friedrichstrasse 32. Fernsprecher 728.
Gr. Brunnenstr. 65, Gleisstr. 4 (am Hallmarkt).**

15%
Rabatt



Abwaschbare Dauerwäsche Marke Waschbär

ist unerleht. 4814
Kragen von 50 Pfg. an.
Verkaufsstellen:
Gelestrasse 43
Kleiner Berlin 2,1
Richard Elze, Markt 6
E. Tyroff, Rathausstr. 8/9
C. Schlenker, (Inh. J. Klepsig)
Merseburgerstr. 162.
Ein Versuch macht klug!

Pa. Speise-Kartoffeln, aus Sandgebend, als gutkochend probiert, Zentner 2.30 Mk., frei Haus, offeriert.
**Max Zschorsch,
Fensterberg, Pelzigstr. 16.
*2909 Telefon 2183.**



Lederhandlung
W. Sobbe, Mittelstrasse 1.
999 Mitgl. d. Rab.-Spar.-Vereins.

Steinweg 20,
Walter Kühn,
Zuckerwaren- u. Konfitürenfabrik.
Konfekte
im Preise von — 56 B. 3.60.
Nonnigkuchen aus eigener Fabrik.
Wekafabrikate verbürgen
Reinheit u. Wohlgeschmack
bei billigsten Preisen.

Augen auf!

Wer sich bei diesen teuren Zeiten für wenig Geld elegant kleiden will, kaufe von ersten Schneidern stammende

reinwollene, wenig getragene **Mass-Garderoben**,



Abteilung getragene Garderoben:

Jackett-Anzüge, reine Wolle nur 8 10 12 Mk. und höher.
Gehrock-Anzüge, feinste Stoffe nur 12 15 18 Mk. und höher.
Häuser und Paletots, beste Stoffe nur 6 8 10 Mk. und höher.
Smoking- und Frack-Anzüge, nur 18 21 24 Mk. und höher.
Gejochts-Anzüge, auch teilweise, zu sehr mäßiger Gebühr.

Abteilung neue Garderoben:

Große Herren-Herren-Anzüge von 10.00 Mark an.
Große Herren-Anzüge von 8.50 Mark an.
Große Herren-Jacken von 5.00—15.00 Mark.

Neu! Herren, denen ihre Garderobe zu eng oder zu weit geworden ist, wird solche gegen elegant fliegende neue oder getragene umgetaucht.
Eventuell großes Lager in weiten Sachen für Reservanten.

Spezial - Etagen - Geschäft
Gr. Ulrichstrasse 59, kein Laden,
neben Warenhaus Rißbaum, im Hause Konbitor Blau.
Gutschein! Dieses Inzerat des Volksblattes wird bei Einkauf von 20 Mark an mit 1 Mark in Zahlung genommen. [4960]

Pelikan - Caramel - Malzbier

schwer eingebraut aus bestem Malz und Hopfen, nachgeheißt mit **z. Raffinade.**



Überall erhältlich!
Das beste alkoholarme Getränk für Frauen, Kinder, Blutarme, Rekonvaleszenten, Wöchnerinnen, stillende Mütter.
Aerztlich empfohlen!

Wandkarte Mittel-Europas

Preis 50 Pfg. Nach ausländ. Porto zugänglich.
Jeder Zeitungsfreier, jeder Postträger ist Käufer dieser Karte.
Größe 100x75 cm. — Blumenlegetafel.
Bestellungen nehmen entgegen alle Ausdräger und die **Volksbuchhandlung, Halle a. S., Post 49/44.**

Chirurgische Gummiwaren
Vorteilhaft nur im Spezialgeschäft
Kertzsch,
untere Leipzigerstrasse 28
und Gr. Ulrichstr. 63. 4696

Flechtenranke
all. Art. b. Suckern, Ausschlag, Krätze
Hämorrhoiden, off. u. gef. Bein,
Wundenheilen teile ich, gern mit,
wie ich jeder selbst davon befreit.
Hrau A. Siericke, Brackwede 47
1516 Niederstr. 108.
Parteischriften
erworben: Volksbuchhandl.

Strick maschinen
von R. Zwicke, Leipzig-Lind.
Felsenkellerstr. 6 haben alle-
meines Renomme. *2338
Habein. Ersatzteile. Reparaturen.
Nur 16 Mk. I. Oberbett, Unterbett u.
Riften, rot Anlett, i. dk.
4581 Ribbedstr. 16. I. links.



Meine **Puppen-Ausstellung** ist eröffnet.
Herrliche Neuheiten
in **Puppen und Babys.**
Spielwarenhaus
R. Weibezahl,
obere Leipzigerstrasse 66.
Mitglied des Rab.-Spar.-Vereins.
Puppen-Reparaturen werden unter fachmännischer Leitung ausgeführt.



1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 274

Halle (Saale), Sonnabend den 22. November 1913

24. Jahrg.

Massenstreit der Kulis.

Zu dem Zustand der indischen Arbeiter in Südafrika, über den wir schon mehrfach berichtet haben, schreibt man uns noch aus London:

In Südafrika, dem Eldorado kapitalistischer Kolonialräuber, spielen sich wieder bedeutsame Ereignisse ab. Diesmal handelt es sich nicht um die Goldgräber des Transvaal, die zu 25 und mehr Prozent im Jahre hingemetelt werden, sondern um die indische Bevölkerung von Natal, jener Provinz, deren weiße Bevölkerung fast ausschließlich aus Engländern besteht. Es gibt in ganz Südafrika insgesamt etwa 180 000 Indier, wovon über 130 000 auf die Provinz Natal entfallen. Die Zahl der weißen Bevölkerung Natals ist ungefahr ebenso groß, wie die der Indier. Diese sind zum überwiegenden Teile in Zucker- und Teeplantagen beschäftigt, während der Rest im Bergbau, in industriellen Unternehmungen, als Hausgemeinde und als kleine Händler und Gärter beschäftigt ist. Etwa vier Fünftel der gesamten indischen Bevölkerung Natals sind importierte Kontraktarbeiter (insbesondere of labour). Seit der Abschaffung der offenen Sklaverei sind vornehmlich auf dieser Form von Arbeitskraft — die von der eigentlichen Sklaverei durch nicht viel mehr als den Namen verschieden ist — das ganze Wirtschaftssystem fast aller tropischen und subtropischen Ausbeutungskolonien. Die indischen Kulis sind unter der tätigen Mitwirkung der Regierung von Indien unter der Vorherrschaft Südafrika gefolgt worden, das sie dort als Untertanen des britischen Reichs rücksichtslos und respektvoll behandelt werden würden, daß sie unter dem Schutze der „eigenen“ britischen Flagge leben würden. Im Wirtschaftstreit wurden sie auf so infame Weise behandelt, daß die Hilfskräfte und die Ersatzkräfte der heimgekehrten Kontraktarbeiter eine so ernste Wirkung auf die Stimmung der Bevölkerung in Indien selbst ausübte, daß die indische Regierung sich gezwungen sah, fortgesetzt bei der britischen Regierung zu protestieren und die fernere Rekrutierung von indischen Kulis zu erschweren.

Aber die bittersten Klagen werden gar nicht wegen der Behandlung der Kontraktarbeiter erhoben. So furchbar diese auch sein mag, so sehr alle Menschenrechte der Kulis mit Füßen getreten werden, so konnten diese ihr Schicksal doch ertragen, gestützt auf die Hoffnung, daß die Sklaverei doch nicht ewig dauern würde, sondern daß sie nach einer Reihe von Jahren, wenn ihr Kontrakt abgelaufen, als freie Lohnarbeiter oder sonstige in Freiheit ihr Dasein fristen könnten. Aber gerade das ist es, wovon die indischen Kapitalisten von Natal nichts wissen wollen. Als widerstandsunfähige Massen sind ihnen die Kulis willkommen, aber als freie Menschen sind sie ihnen ein Dorn im Auge und fürchten sie sie. Deshalb werden die Indier, deren Kontrakt abgelaufen ist, sowie ihre Nachkommen, schon seit Jahrzehnten in der schamlosesten Weise mißhandelt und entsetzt und sozial geschädigt. Besonders den kleinen indischen Händlern, die mit den weißen Händlern konkurrieren, wird das Leben unmöglich gemacht. Die Indier werden daran verhindert, ihren Geschäften nachzugehen, ihre Familienverhältnisse werden nicht anerkannt und viele werden ausgemiselt. Der Zweck der Verfolgungspolitik ist, die Indier zu zwingen, entweder sich wieder in langfristige Kontraktarbeit zu begeben oder das Land zu verlassen. Die unmittelbare Ursache der gegenwärtigen Unzufriedenheit ist die im 1901 in Natal eingeführte Kopfsteuer von drei Pfund und Sterling für jeden Indier, der nicht in Kontraktarbeit steht.

Gegen diese Zustände wehren sich die Indier schon seit Jahren mittels der passiven Resistenz, namentlich der Steuerverweigerung, wofür sie kurzehaft in Gefängnis geworfen wurden. Jetzt aber haben sie zu einem neuen Mittel gegriffen: dem Massenstreit, einem regelrechten politischen Massenstreik. Die Indier, Kontraktkulis wie freie Arbeiter, verlassen die Plantagen, Fabriken und Restaurants; 2000 von ihnen sind unter Führung des bekannten indischen Nationalisten Ghandi zu Fuß nach Johannesburg gezogen, um dort als freie Arbeiter Arbeit zu finden. Die Regierung hat aber Polizei und Militär nach ihnen geschickt; Ghandi wurde in Gefängnis geschickt, während die Kulis gewaltsam an ihre Arbeitsplätze zurückgeführt wurden.

Die Regierung mit den Streikenden versöhnt, ergibt sich auch in einem Daily Citizen mitgeteilten Depesche, die der frühere Minister im Inneren und jetzt Premier, ein britischer indischer Kommissar für Südafrika Lord D'Almeida, von der indischen Regierung von Natal erhalten hat. Danach sind alle Führer der passiven Resistenzbewegung, darunter ein weißer Rechtsanwalt und ein weißer Arbeiter, in Gefängnis. Die Regierung hat die Quartiere der in den Gruben arbeitenden Kulis zu getrennten Gefängnissen erklärt. Alle Streikenden werden verhaftet und in ihre Grubenquartiere gebracht. Die Streikenden bleiben jedoch fest und verweigern die Arbeit. Darauf werden sie wegen Kontraktbruch angeklagt, zur Schwabensicht verurteilt, die in den Gruben zu leisten ist. Zwei Friedensrichter haben die Streikenden gewarnt, daß sie ausweichen und auf Grund der Gefängnisregeln gerechtfertigt in die Gruben getrieben werden werden. Wer die Grube verläßt, um sich beim Friedensrichter zu beklagen, wird als Flüchtling erlassen.

Wie man sieht, gibt es noch Räuber, wo man mit streikenden Arbeitern umgehen verliert. Das ist aber den Herren von Natal noch nicht genug. Sie schicken Klagen nach London, wonach die Kulis die Plantagen und Zuckerfabriken in Brand setzen wollen und mit dem Streik auf den Eisenbahnen drohen, und die Kapitalisten fordern die Verhaftung des Kriegsverbreiters. Sie wollen die streikenden Kulis in ihrem eigenen Blute erlösen.

Bei dem Zustand im Angehebet, wird sich die englische Regierung wohl auch jetzt hinter den Selbstregierungspräsidenten der südafrikanischen Union verbergen und sich vor einem energischen Einschreiten brüden, dabei aber Reichstruppen zur Wiederherstellung der Indier zur Verfügung stellen. Allein, sehr weit wird es die Regierung in diesem Falle doch kaum kommen lassen können. Die Ereignisse in Natal haben schon jetzt die größte Aufregung in Indien hervorgerufen. Dort kann aber die Regierung nicht viel rüstieren, und deshalb dürfte schon die Regierung Indiens dafür sorgen, daß der kapitalistische Gewalttätigkeit in Natal Schwanden auferlegt werden.

London, 20. November. Trotz der amtlichen Abkennungen liegen Privatmeldungen aus Durban vor, die im vollen Umfang die Nachrichten über den Vorkauf von Kräftekräften an Indiern in den Bergwerken, öffentlichen Plätzen usw. bestätigen. So erhielt Anghill in Johannesburg die telegraphische Bestätigung über die Unmenslichkeiten und gleichzeitig die Zusicherung, daß weitere Einzelheiten folgen würden. In Johannesburg hielten die dortigen Indier gestern eine Massenversammlung ab, in der eine Resolution angenommen wurde. Sie verlangen die Freilassung der Indierführer, damit diese in Unterhandlungen wegen der Wiederaufnahme der Arbeit treten können. Ferner spricht die Versammlung ihre Entrüstung darüber aus, daß in einer britischen Kolonie die Untertanen der Krone in den Gruben und auf öffentlichen Plätzen beschimpft werden. Zum Schluß erklären die Indier, daß kein Frieden herrschen kann, solange die Kopfsteuer von 60 Mark und andere Mißstände nicht beseitigt sind. — In Indien selbst ist die Entrüstung über die Brutalitäten der afrikanischen Regierung aufs höchste gestiegen und die Lage der Indier in Afrika ist das Tagesgespräch nicht nur der Bevölkerung, sondern der ganzen hiesigen Presse.

Soziales.

Verschärfung des Arztekonfliktes.

Der seit langem von den Ärzten vorbereitete Kampf gegen die Krankenkassen kommt in einer immer größer werdenden Zahl von Orten zum offenen Ausbruch. Die Parole der Ärzte ist jetzt, keinerlei Krankenkassenverträge mit einzelnen Kassen oder mit Kassenvereinigungen abzuschließen, bis nicht die allgemeine Einigung durch ganz Deutschland zustande gekommen und dies durch die Zentralleitung der Ärzteorganisation festgelegt ist. Dahingegen haben die Kassen das Lebhafte Verzetzen, solche Verträge mit einer genügenden Zahl von Ärzten zu erlangen, um am 1. Januar 1914 ihre Kassenmitglieder mit ärztlicher Hilfe hinreichend versorgen zu können. Da die letzten Verträge nicht zum Abschluß solcher Verträge bereit sind, schreiben die Kassen die Kassenärztlichen Verträge aus, was wieder für die Ärzte ein Anlaß ist, über den betreffenden Ort die „Sperr“ zu verhängen. Auf dem bekannten Verzeichnis des Ärzteverbandes Ganete collegae sind jetzt alle Kassenarztstellen im Deutschen Reich gesperrt, weiter alle Krankenkassen in Thüringen. Sodann enthält das Verzeichnis noch 24 Orte, nach denen die Ärzte den „Zugzwang“ sollen. Nur einigen Monaten betrug die Zahl dieser Orte nur etwa 80.

Die drei großen Städte Berlin, Hamburg und Dresden sind bereits zum Bewahren des Ärzteverbandes aus dem Kampfe ausgeschieden. In Hamburg wurde schon im Frühjahr, in Berlin in den letzten Tagen, der Friede zwischen Ärzten und Krankenkassen geschlossen, ein Friede, der den Ärzten wesentliche Vorteile bringt. Die unbilligsten Forderungen des Leipziger Ärzteverbandes blieben dabei allerdings unberücksichtigt. In Dresden bestanden zwischen der Kasse und den festangestellten Ärzten langfristige Verträge. Die Mitglieder des Leipziger Verbandes arbeiten aber mit einer wahren Eile, um die Kassenärzte zu einer Bindung der Verträge zu veranlassen, aber ohne durchschlagenden Erfolg.

Von den Orten, in denen der Kampf bereits offen ausgebrochen ist, seien besonders hervorzuheben Halle, Weiskau, Magdeburg, Braunschweig, Rottbus, Regensburg, Stettin usw. Das Vorgehen der Ärzte richtet sich gegen alle Kassenarten. So ist bereits der gesamte Betriebskassenverband fürs Reich vom Banntreibe betroffen worden, und auch die Landkrankenkassen werden nicht verschont.

Die Mittel, welche zumeilen die Ärzte anwenden, würden, wenn von frei organisierten Arbeitern gebraucht, der Staatsanwaltschaft wahrscheinlich schon Grund zum Einschreiten gegeben haben. Gleichwohl aber die Krankenkassen öffentliche Institute sind, sehen die Behörden nicht ein, daß ein „öffentliches Interesse“ vorliegt. Rechter Hand — hinter Hand — beides vertuschend!

Regierung und Arztekritik.

Nach einem offiziellen Telegramm will die Regierung ausserdem noch das äußerste verbinden. Vor Weigerung der Streitigkeiten zwischen Ärzten und Krankenkassen hat am Dienstag eine Konferenz unter dem Vorsitz des Staatssekretärs des Innern in Reichsgebäude stattgefunden. Ueber das Ergebnis der Verhandlung ist aber noch nichts bekannt. Auch zwischen den Ärzten und Krankenkassen Sachses mit die dortige Regierung vermittelte. Nach einer Mitteilung eines ärztlichen Korrespondenzblattes erachtet das sächsische Ministerium des Innern es für seine Aufgabe, noch einen Versuch zu machen, für Sachsen eine Verabingung zwischen Ärzten und Krankenkassen anzubahnen. Er will daher Verhandlungen mit Vertretern beider herbeiführen, die am nächsten Sonnabend in Dresden stattfinden sollen.

Wie wenig aber den Ärztevereinen am Frieden liegt, beweist der trotz einer Einigung direkt vom Baune gebrachte Arztekritik in Düsseldorf. Zwischen den Orts-, Betriebs- und Innungsstellen im Stadt- und Landkreis Düsseldorf war es zu einem Vertragsabschlusse auf fünf Jahre gekommen. Durch diesen Friedensschluß hat der Vorstand des Leipziger Ärzteverbandes einen dicken Strich gemacht. Er hat seine Zustimmung zu dem Vertragsabschlusse verweigert, weil im übrigen Deutschland noch keine Einigung zwischen Ärzten und Kassen erzielt worden sei. Die Düsseldorf Ärztevereine haben sich dem gefunden und dem Vertragsabschlusse zurücktreten. Das haben sie dann auch inwäsend — nach wiederholtem erfolglosen Verhandlungen in Leipzig — getan, so daß es auch in Düsseldorf zum Kampfe kommen wird, trotz der bereits vor kurzem endgültig vollzogenen Einigung. Die Kassenärzte werden nunmehr zum Stillen der beamteten Ärzte übergehen.

Die freie Wissenschaft im herrlichen Deutschen Reiche zu Grunde.

Vom Rotbamer Schiffsgericht wird der Kaiserliche und Admiralität Dr. Obermüller wegen Betruges zu acht Wochen Gefängnis und wegen Führung eines falschen Namens zu drei Tagen Haft verurteilt. Die Strafe galt als durch die Untersuchungshilfe verurteilt. Der Verurteilte hat sich besondere Verdienste auf dem Gebiete der Tuberkulose-Erforschung

erworben. Es war ihm staatliche Anstellung verweigert worden und er hatte in der Hoffnung auf eine solche Stellung seiner Existenz alles an seine Gesundheit und an geleistet und war dadurch in außerordentliche Notlage geraten. Aus der staatlichen Anstellung wurde nichts, da er mit dem Reichs-Gesundheitsamt in Differenzen geriet, und in der nun über ihn hereinbrechenden materiellen Not suchte er sich dadurch zu helfen, daß er verschiedene kleine Darlehen, 10, 20, 50 Mark aufnahm, unter Verschwendung, die er bei keiner Lage nicht erlitten konnte. Ein engstehender Schlossermeister, der ihm 10 Mark geliehen hatte, erlittete Ansehung wegen Darlehensrückstands und so kam der Geliebte, der sich, um Unannehmlichkeiten zu vermeiden, sie und zu einem falschen Namen begelagert hatte, vor das Gericht. Eine Anzahl Professore, die ihm Geld geliehen hatten, erklärten, sie fühlten sich nicht betrogen, sie hatten nie mit einer Rückgabe gerechnet. Das Gericht nahm gleichwohl Betrag in vier Fällen an und sprach die obige Strafe aus. — So geht's Geliebte, wenn sie in Deutschland mit einem Reichsamt in „Differenzen“ geraten. — Auch dich, Wissenschaft, wenn du leben willst.

Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 21. November 1913.

Achtung, Parteifunktionäre!

Am Montag, den 24. November, abends 8 1/2 Uhr, findet im Volkspark eine

Stellung der Funktionäre

nach § 13 der Satzungen statt. Die Distriktsführer, welche verhindert sind, haben ihren Stellvertreter zu entsenden. Es wird außerdem nochmals auf die Beachtung der

Frauenkonferenz

aufmerksam gemacht. Diefelbe findet am Sonntag, den 23. November, vormittags 11 Uhr, im Volkspark statt. Die Delegierten und Frauen sind pünktlich zur Stelle sein!

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins (Halle-Saalkreis).

Doffow gegen Rixe.

Er will nicht geigig minderwertig sein, der ehemalige Halle'sche Polizeikommissar von Doffow. In G.M.A. merdet er sich neuerdings gegen Oberbürgermeister Dr. Rixe mit folgender

Erklärung.

Zu den Worten des Oberbürgermeisters Rixe in der Stadtvorordneten-Sitzung am vorigen Montag, von denen ich mit Entrüstung Kenntnis genommen habe, gebe ich folgende Erklärung ab:

Ich verzeihe dem Rixe auf das Mitleid des Oberbürgermeisters, mit dem er angeblich die schriftliche Darstellung meiner Pensionierungsangelegenheit gelesen hat. Ich brauche dieses Mitleid und seine schonende Rücksichtnahme nicht. Ich werde aber jetzt, wo mir als Privatperson nicht mehr durch die Beziehungen des Disziplinargesetzes der Mund geschlossen ist, reden und mein Recht verteidigen und alsdann gegen die sehr zu Unrecht den Stadtvorordneten und mir bisher vorentsprechenden Gutachten des beamteten Stadtarztes, Professor von Drigalski, und des Kgl. Kreisarztes, Geh. Medizinalrat Dr. Frieß, die als Autoritäten auf dem medizinischen Gebiete keinesfalls zu betrachten sind, den Gegenbeweis erbringen, daß ich „geigig minderwertig“ nicht bin, woran sowie die große Mehrheit der hiesigen Bevölkerung nicht im geringsten zweifelt.

Wie unbrauchbar der Oberbürgermeister selbst das Gutachten des Kgl. Kreisarztes für den hochachtbaren Zweck übrigens einschätzt, geht aus seiner Aufseinerhebung hervor. Es ist nur gut, daß Herr von Doffow seine Pensionierung selbst nachgehakt hat, den 18. November 1913.

b. von Doffow.

Herr von Doffow will also reden und sein Recht verteidigen gegen den Stadthalterigen Rixe und dessen ärztliche Sachverständigen Drigalski und Frieß. Er scheint eine Kompagnatur und weiter der Meinung zu sein, daß er im Kampfe gegen seine perfönlischen Widersacher besser abscheiden wird, als beim Fahren gegen harmlose Wahlrechtsdemonstranten und unschuldige Waiseerben!

Der Ausschuss der neuen Allg. Ortskrankenkasse

hielt am Donnerstag, den 20. November, seine erste Sitzung ab. Die Tagesordnung war eine außerordentlich reichhaltige. Ihr erster Punkt war die Wahl eines ständigen Ausschusses für den Ausschuss gemäß des § 81 der neuen Satzung. Es kam hierbei zugleich zu bemerkenswerten Zwischenfällen. Vor Verhandlungsbeginn derselben ist etwas weiter ausgehollt.

Vor der Ausschussprüfung hatten die beiden Gruppen (Unternehmer und Berufliche) je für sich getrennte Vorschläge abgehalten. Die Unternehmer, die zuerst tagten, hatten hinsichtlich der Person dieses Vorschlags, der ein Beruflicher sein muß, einen der letzteren getrennten Vorschlag aufgestellt, müßten aber, daß ein zweiter Vorschlag (der in der Satzung nicht vorgesehen ist) aus dem Reiben der Unternehmer hinzugezwungen werde. Die Mehrheit der Beruflichen, die später zusammentraten, gingen, lediglich um die bis jetzt beherrschende Harmonie zwischen beiden Gruppen aufrecht zu erhalten, hierauf ein. Aber die ganze Rednung war ohne die Handvoll Leute aus dem Sozialen Ausschuss gemacht worden! Obgleich sie zu der Beschaffung der Beruflichen eingeladen worden waren, erschienen sie doch nicht. Vielmehr hatte der Herr Zwanzig seine wenigen Betreuer zu gleicher Zeit nach einem anderen Teile von einer Versammlung eingeladen. Dort stellten sie entgegen den Beschlüssen der Unternehmer und der Mehrheit der Beruflichen eine andere Person als Vorschlagskandidaten auf und teilten nachdrücklich deren Namen durch Briefe nur den Unternehmern mit. Für ein solches Verhalten von Treu und Glauben ins Gesicht! Durch dieses hinterlistige Treiben haben die Herrschaften des Sozialen Ausschusses allen Ansporn auf kameradschaftliche Behandlung durch die anderen Beruflichen verloren. Und deshalb ist ihr Verhalten sehr feilsch genügt.

Unter all' diesen Umständen rief die Wahl des Vorschlags den Ausschuss eine längere Geschäftsordnungsdebatte hervor. Obgleich das Statut Wahl durch Handaufheben vorbeist, wurde doch auf Vorschlag der Unternehmer durch Stimmzettel gewählt. Es erhielt hierbei Arbeitersekretär Klees 60, Wertheimer Schröder 29 Stimmen. Es war somit selbst einer Anzahl

Interneer das unerläßliche Vorwissen des Sozialen Sachverständigen über den Spahn gegangen. Obgleich nun der Beschäftigte die wichtigeren Anträge gestellt hätte, auf den Wunsch der Arbeitgeber eines geltend gemachten streikten Vorbesitz aus dem Streik die Unternehmer eingetreten, wurde dieser doch zugestimmt. Es wurde als solcher Streik nicht anerkannt.

Hierauf wurde die Besetzung der Antragsnummer vorgenommen, die glatt vor sich ging. Eine lange Aussprache entspann sich sodann beim Punkt „Anstellung von Verletzte“. Die Anstellung wurde vorläufig noch nicht vorgenommen, vielmehr soll, da die Situation etwas geändert hat, mit der qualifizierte Verletzungen weiter verhandelt werden. Auf die Forderung der freien Arbeit soll eventuell eingegangen werden, wenn die Aerie in ihren Honorarforderungen mit sich reden lassen werden. Wir werden nach Bedarf auf diese zurückkommen, für heute sei nur gesagt, daß diese einseitig bauerwerbend und unannehmbar sind. Wenn jemand Arbeiter solche Forderungen an die Unternehmer stellen, so würde man mit keinem Wort darüber mit ihnen verhandeln. Darauf wurde die vorgemerkte Stellung eines Antrages an das Oberverwaltungsamt auf Zulassung der Anwendung des § 370 der Reichsverfassung vorläufig ausgelegt. Die Vorschriften über die Gewährung einer Arbeitsleistung an Stelle der ärztlichen Behandlung an die Mitglieder vor.

Des weiteren wurden eine Reihe Bestimmungen der neuen Satzung geändert und einer Vereinbarung unter den bestehenden Klassen über das Kostenvermögen zugestimmt.

Unter „Sonstigen“ wurde noch über die Frage des Votals der zukünftigen Aufsichtspräsidenten und die Anstellung des Kassensyndikus gesprochen. Bestimmte Vorschläge wurden hierüber nicht gefaßt. Die Verhandlung über sonstigen Beschlüssen fanden erst um 12 Uhr ihr Ende.

Die Strafammer in Baden als Berufungsinstanz sprach den Angeklagten frei. Sie ging davon aus, daß Angeklagter auf Grund der beiden erwähnten ärztlichen Atteste annehmen mußte, daß sein Kind krank sei. Deshalb hätte er das Kind an dem Orte fernhalten können. Es hätte aber die Gefahr für das Kind nicht beachtet, wenn die Richterschaft die von der Schulbehörde verlangten antis-ärztlichen Zeugnisse für jener Befestigung gegenüber unerblicklich.

Die Staatsanwaltschaft in Baden legte Revision ein und bezief sich auf die Rabinetsorder vom 14. Mai 1895. Auf dieser müße angenommen werden, daß die Eltern der Schulbehörde nach Nachweis zu liefern haben, daß die Schulbehörde begründet ist, sowie daß die Schulbehörde, wenn sie den Nachweis nicht für erbracht hält, einen bestimmten Nachweis in Form eines antisärztlichen Zeugnisses verlangen könne.

Das Kammergericht verwarf jedoch die Revision der Staatsanwaltschaft, indem es in der Bestimmung mit dem Oberverwaltungsamt vollgültigen Ermögung absteig. Die Revision der Staatsanwaltschaft konnte keinen Erfolg haben. Ihre Aufhebung von der Rabinetsorder von 1895 sei irrig. Diese Rabinetsorder schaffe kein neues Recht, sondern sie könne lediglich die schlichteren Grundätze des Allgemeinen preussischen Landrechts auf die Rheinprovinz ausdehnen. Nach diesen grundlegenden Bestimmungen seien die „nachlässigen“ Eltern zu bestrafen. Und das Kammergericht liesse auf dem Standpunkt, daß darüber, ob Eltern mit Bezug auf die Erfüllung der Schulpflicht ihrer Kinder nachlässig waren, der Richter zu befinden habe. Zweck war der richterlichen Urtheilung die Eltern sein zu verhindern, denn seien sie freizusprechen. Es sei dabei dann ganz gleichgültig, wie die Schulbehörde vorher von dem Umbe der Schulbehörde, wenn sie sich nicht in der Ausführung der Anträge geäußert und ohne Rechtsmittel angeht, daß den Angeklagten sein Verfallsrecht, weil er auf Grund der ihm eingeholten ärztlichen Gutachten annehmen konnte und mußte, daß sein Kind krank sei. Er sei deshalb mit Recht freigesprochen worden.

Seine Nachrichten In einem Grundstücke der Adolfsstraße entstand gestern nachmittags ein Brand. Der Brand wurde rechtzeitig gelöscht und der Schaden geringfügig. Der Brand wurde durch einen Arbeiter verursacht, der während der Reinigung eines Ofens mit einem Zündstein spielen wollte. Der Schaden betrug etwa 100 Mark. Der Arbeiter wurde für seinen Verstoß bestraft.

Die Theater- und Musikwelt In der vergangenen Woche fanden an verschiedenen Theatern Vorstellungen statt. Die Besetzung der Rollen war durchwegs gelungen. Die Musik wurde ebenfalls gut aufgenommen. In der nächsten Woche wird die Aufführung des neuen Dramas „Die Fledermaus“ stattfinden. Die Besetzung der Rollen wird voraussichtlich dieselbe sein.

Ingenieurliche Doppeltentwässerung bei einer Grundstücksentwässerung.

Bei Entwässerungen von Grundstücken ist die zu leistende Entwässerungsleistung nicht nur nach dem Werte des entwässerten Teiles zu messen, sondern einseitig auch nach der Höhe des Schadens, der dem Eigentümer durch die gleichzeitige Entwertung des Grundstücks entstanden ist. Jedoch darf bei der Schadensberechnung nicht so verfahren werden, daß etwa der kleinere entzogene Teil der allein für sich als Baugrund unbrauchbar ist unter Veranschlagung des Grundstücks mit dem Bau eines Geschloßhofes bewertet wird und dann noch einmal die Kosten eines Neubaus auf dem Grundstücke in Anrechnung gebracht werden. Zu dieser Entschädigungsfrage gibt ein Reichsgerichtsurteil interessante Ausführungen.

Verteilsverfahren der Polizeikommissionen. Der Bezirksführer Richard Meißner hatte sich nach der Anzeige des Polizeikommissars Gaudig einer Straßenpolizei-Übertrittung schuldig gemacht, weil er am 7. August d. J. in der Dalldorfer Straße durch zu langsame Fahren den Fußverkehr erheblich beeinträchtigt haben sollte. Meißner sollte mit einem einpännigen Wagen ein rechts neben ihm fahrendes Geschirr zum Bredes des Ausbüchsen nicht schnell genug überholt haben. Nun ist eine Polizeiverordnung bezüglich schnelleren Fahrens zu dem Zweck erlassen worden, den Fußverkehr zu sichern und gibt im Fußverkehr gewisse Hindernisse, die sich durch die schnelle Polizeiverordnung nicht überwinden lassen. Wenn ein Wagen schnell beladen ist und die Kraft des Pferdes verfehlt, dann kann der willige Polizeirichter nicht indolent fahren, als es die Kraft erlaubt. Und wenn dann ein Polizeikommissar durch ein leichtes Verbrechen aus dem Verkehr wird, so ist dies nicht zu leicht zu übersehen. Dies gilt auch das Schöffengericht ein, das über die „Straf“ des Bezirksführers zu befinden hatte. Er sollte eine Marx bezahlen, das Gericht hat aber zur Freisprechung des Mannes. In der Urteilsverhandlung wurde der Polizei wörtlich attestiert: „Das Verbrechen des nach ihm fahrenden Geschirrs wäre dem Angeklagten aus anmaßlich vornehmungsgeizigen Antrieben durch die Polizeiverordnung nicht überflüssig zu werden“.

Die Besetzung der Rollen In der vergangenen Woche fand an verschiedenen Theatern Vorstellungen statt. Die Besetzung der Rollen war durchwegs gelungen. Die Musik wurde ebenfalls gut aufgenommen. In der nächsten Woche wird die Aufführung des neuen Dramas „Die Fledermaus“ stattfinden. Die Besetzung der Rollen wird voraussichtlich dieselbe sein.

Die Bauaufsichts-Verordnungen In der vergangenen Woche wurde eine Reihe von Bauaufsichts-Verordnungen erlassen. Diese betreffen vor allem die Sicherheit von Gebäuden und die Einhaltung von Vorschriften bei der Ausführung von Bauarbeiten. Die Bauaufsichtsbehörden werden gebittet, diese Vorschriften streng zu befolgen, um die Sicherheit der Bauwerke zu gewährleisten.

Keine Stadterweiterung. Am Montag, den 24. d. Mts., fand eine Sitzung der Stadterweiterungs-Vermittlung nicht statt.

Stadtrat Dr. Hansmann hat, wie er mittel, eine Bewerbung um den Bürgermeisternposten von Schneeg zurückgezogen.

Hiermann noch einzelnig gewöhnt. Das zweifelhafte Mandat von Galle-Hort, das der Grund- und Hausbesitzverein Prof. Kraus zurückgezogen hat, ist nach dem Aufstehen in der amtlichen Bekanntmachung des Bürgermeisters einzelnig zugedehnt worden. Es fragt sich nun, ob sich die Wahlmänner aus den Reihen der Hausbesitzer und der Papierfabrikanten damit abfinden oder Einspruch erheben werden.

Die Gemeindeglieder hielten am 10. November ihre fällige Monatsversammlung im Gollhof zu den drei Königen ab. Der Vorstand berichtete über den Verlauf der Verhandlungen über den Verbot des Kaufmanns- und Gewerbebetriebs fort. Er behandelte insbesondere die Forderung nach einem einheitlichen Arbeiterrecht, die Tätigkeit der Gemeindeglieder als Einigungsamt und die Vertretung der Arbeitgeberseite vor dem Gewerbegericht. In der Diskussion sprach Gen. K. L. 12 insbesondere über die zu erwartende Tätigkeit der Gemeindeglieder als Einigungsamt, das für die Aufklärung der Fälle als wichtig angesehen werde. Die Forderung nach Zusammenfassung und Vereinheitlichung des Arbeiterrechts müsse immer dringender erhoben werden. Im Gewerbebetriebsgesetz müßten nur die gemeindeglieder Vertretungen nicht auch die gewerkschaftlichen verboten werden. Die weitere Debatte drehte sich um die Tätigkeit des Gerichts als Einigungsamt. Im weiteren Verlauf der Verhandlung erläuterten die Gen. B. 11 und K. 23 die Verhältnisse der Verhandlungen des Gemeindeglieder Gollhof im Oktober und November. Die Streitfälle waren wiederum nicht sehr zahlreich. In einigen Fällen mußten, da nicht beide Parteien vertreten waren, Berufungsinstanzen geschaffen werden.

Die Besetzung der Rollen In der vergangenen Woche fand an verschiedenen Theatern Vorstellungen statt. Die Besetzung der Rollen war durchwegs gelungen. Die Musik wurde ebenfalls gut aufgenommen. In der nächsten Woche wird die Aufführung des neuen Dramas „Die Fledermaus“ stattfinden. Die Besetzung der Rollen wird voraussichtlich dieselbe sein.

Die Bauaufsichts-Verordnungen In der vergangenen Woche wurde eine Reihe von Bauaufsichts-Verordnungen erlassen. Diese betreffen vor allem die Sicherheit von Gebäuden und die Einhaltung von Vorschriften bei der Ausführung von Bauarbeiten. Die Bauaufsichtsbehörden werden gebittet, diese Vorschriften streng zu befolgen, um die Sicherheit der Bauwerke zu gewährleisten.

Keine Stadterweiterung. Am Montag, den 24. d. Mts., fand eine Sitzung der Stadterweiterungs-Vermittlung nicht statt.

Stadtrat Dr. Hansmann hat, wie er mittel, eine Bewerbung um den Bürgermeisternposten von Schneeg zurückgezogen.

Hiermann noch einzelnig gewöhnt. Das zweifelhafte Mandat von Galle-Hort, das der Grund- und Hausbesitzverein Prof. Kraus zurückgezogen hat, ist nach dem Aufstehen in der amtlichen Bekanntmachung des Bürgermeisters einzelnig zugedehnt worden. Es fragt sich nun, ob sich die Wahlmänner aus den Reihen der Hausbesitzer und der Papierfabrikanten damit abfinden oder Einspruch erheben werden.

Die Gemeindeglieder hielten am 10. November ihre fällige Monatsversammlung im Gollhof zu den drei Königen ab. Der Vorstand berichtete über den Verlauf der Verhandlungen über den Verbot des Kaufmanns- und Gewerbebetriebs fort. Er behandelte insbesondere die Forderung nach einem einheitlichen Arbeiterrecht, die Tätigkeit der Gemeindeglieder als Einigungsamt und die Vertretung der Arbeitgeberseite vor dem Gewerbegericht. In der Diskussion sprach Gen. K. L. 12 insbesondere über die zu erwartende Tätigkeit der Gemeindeglieder als Einigungsamt, das für die Aufklärung der Fälle als wichtig angesehen werde. Die Forderung nach Zusammenfassung und Vereinheitlichung des Arbeiterrechts müsse immer dringender erhoben werden. Im Gewerbebetriebsgesetz müßten nur die gemeindeglieder Vertretungen nicht auch die gewerkschaftlichen verboten werden. Die weitere Debatte drehte sich um die Tätigkeit des Gerichts als Einigungsamt. Im weiteren Verlauf der Verhandlung erläuterten die Gen. B. 11 und K. 23 die Verhältnisse der Verhandlungen des Gemeindeglieder Gollhof im Oktober und November. Die Streitfälle waren wiederum nicht sehr zahlreich. In einigen Fällen mußten, da nicht beide Parteien vertreten waren, Berufungsinstanzen geschaffen werden.

Die Besetzung der Rollen In der vergangenen Woche fand an verschiedenen Theatern Vorstellungen statt. Die Besetzung der Rollen war durchwegs gelungen. Die Musik wurde ebenfalls gut aufgenommen. In der nächsten Woche wird die Aufführung des neuen Dramas „Die Fledermaus“ stattfinden. Die Besetzung der Rollen wird voraussichtlich dieselbe sein.

Die Bauaufsichts-Verordnungen In der vergangenen Woche wurde eine Reihe von Bauaufsichts-Verordnungen erlassen. Diese betreffen vor allem die Sicherheit von Gebäuden und die Einhaltung von Vorschriften bei der Ausführung von Bauarbeiten. Die Bauaufsichtsbehörden werden gebittet, diese Vorschriften streng zu befolgen, um die Sicherheit der Bauwerke zu gewährleisten.

Keine Stadterweiterung. Am Montag, den 24. d. Mts., fand eine Sitzung der Stadterweiterungs-Vermittlung nicht statt.

Stadtrat Dr. Hansmann hat, wie er mittel, eine Bewerbung um den Bürgermeisternposten von Schneeg zurückgezogen.

Hiermann noch einzelnig gewöhnt. Das zweifelhafte Mandat von Galle-Hort, das der Grund- und Hausbesitzverein Prof. Kraus zurückgezogen hat, ist nach dem Aufstehen in der amtlichen Bekanntmachung des Bürgermeisters einzelnig zugedehnt worden. Es fragt sich nun, ob sich die Wahlmänner aus den Reihen der Hausbesitzer und der Papierfabrikanten damit abfinden oder Einspruch erheben werden.

Die Gemeindeglieder hielten am 10. November ihre fällige Monatsversammlung im Gollhof zu den drei Königen ab. Der Vorstand berichtete über den Verlauf der Verhandlungen über den Verbot des Kaufmanns- und Gewerbebetriebs fort. Er behandelte insbesondere die Forderung nach einem einheitlichen Arbeiterrecht, die Tätigkeit der Gemeindeglieder als Einigungsamt und die Vertretung der Arbeitgeberseite vor dem Gewerbegericht. In der Diskussion sprach Gen. K. L. 12 insbesondere über die zu erwartende Tätigkeit der Gemeindeglieder als Einigungsamt, das für die Aufklärung der Fälle als wichtig angesehen werde. Die Forderung nach Zusammenfassung und Vereinheitlichung des Arbeiterrechts müsse immer dringender erhoben werden. Im Gewerbebetriebsgesetz müßten nur die gemeindeglieder Vertretungen nicht auch die gewerkschaftlichen verboten werden. Die weitere Debatte drehte sich um die Tätigkeit des Gerichts als Einigungsamt. Im weiteren Verlauf der Verhandlung erläuterten die Gen. B. 11 und K. 23 die Verhältnisse der Verhandlungen des Gemeindeglieder Gollhof im Oktober und November. Die Streitfälle waren wiederum nicht sehr zahlreich. In einigen Fällen mußten, da nicht beide Parteien vertreten waren, Berufungsinstanzen geschaffen werden.

Die Besetzung der Rollen In der vergangenen Woche fand an verschiedenen Theatern Vorstellungen statt. Die Besetzung der Rollen war durchwegs gelungen. Die Musik wurde ebenfalls gut aufgenommen. In der nächsten Woche wird die Aufführung des neuen Dramas „Die Fledermaus“ stattfinden. Die Besetzung der Rollen wird voraussichtlich dieselbe sein.

Die Bauaufsichts-Verordnungen In der vergangenen Woche wurde eine Reihe von Bauaufsichts-Verordnungen erlassen. Diese betreffen vor allem die Sicherheit von Gebäuden und die Einhaltung von Vorschriften bei der Ausführung von Bauarbeiten. Die Bauaufsichtsbehörden werden gebittet, diese Vorschriften streng zu befolgen, um die Sicherheit der Bauwerke zu gewährleisten.

Keine Stadterweiterung. Am Montag, den 24. d. Mts., fand eine Sitzung der Stadterweiterungs-Vermittlung nicht statt.

Stadtrat Dr. Hansmann hat, wie er mittel, eine Bewerbung um den Bürgermeisternposten von Schneeg zurückgezogen.

Hiermann noch einzelnig gewöhnt. Das zweifelhafte Mandat von Galle-Hort, das der Grund- und Hausbesitzverein Prof. Kraus zurückgezogen hat, ist nach dem Aufstehen in der amtlichen Bekanntmachung des Bürgermeisters einzelnig zugedehnt worden. Es fragt sich nun, ob sich die Wahlmänner aus den Reihen der Hausbesitzer und der Papierfabrikanten damit abfinden oder Einspruch erheben werden.

Die Gemeindeglieder hielten am 10. November ihre fällige Monatsversammlung im Gollhof zu den drei Königen ab. Der Vorstand berichtete über den Verlauf der Verhandlungen über den Verbot des Kaufmanns- und Gewerbebetriebs fort. Er behandelte insbesondere die Forderung nach einem einheitlichen Arbeiterrecht, die Tätigkeit der Gemeindeglieder als Einigungsamt und die Vertretung der Arbeitgeberseite vor dem Gewerbegericht. In der Diskussion sprach Gen. K. L. 12 insbesondere über die zu erwartende Tätigkeit der Gemeindeglieder als Einigungsamt, das für die Aufklärung der Fälle als wichtig angesehen werde. Die Forderung nach Zusammenfassung und Vereinheitlichung des Arbeiterrechts müsse immer dringender erhoben werden. Im Gewerbebetriebsgesetz müßten nur die gemeindeglieder Vertretungen nicht auch die gewerkschaftlichen verboten werden. Die weitere Debatte drehte sich um die Tätigkeit des Gerichts als Einigungsamt. Im weiteren Verlauf der Verhandlung erläuterten die Gen. B. 11 und K. 23 die Verhältnisse der Verhandlungen des Gemeindeglieder Gollhof im Oktober und November. Die Streitfälle waren wiederum nicht sehr zahlreich. In einigen Fällen mußten, da nicht beide Parteien vertreten waren, Berufungsinstanzen geschaffen werden.

Die Besetzung der Rollen In der vergangenen Woche fand an verschiedenen Theatern Vorstellungen statt. Die Besetzung der Rollen war durchwegs gelungen. Die Musik wurde ebenfalls gut aufgenommen. In der nächsten Woche wird die Aufführung des neuen Dramas „Die Fledermaus“ stattfinden. Die Besetzung der Rollen wird voraussichtlich dieselbe sein.

Die Bauaufsichts-Verordnungen In der vergangenen Woche wurde eine Reihe von Bauaufsichts-Verordnungen erlassen. Diese betreffen vor allem die Sicherheit von Gebäuden und die Einhaltung von Vorschriften bei der Ausführung von Bauarbeiten. Die Bauaufsichtsbehörden werden gebittet, diese Vorschriften streng zu befolgen, um die Sicherheit der Bauwerke zu gewährleisten.

Keine Stadterweiterung. Am Montag, den 24. d. Mts., fand eine Sitzung der Stadterweiterungs-Vermittlung nicht statt.

Stadtrat Dr. Hansmann hat, wie er mittel, eine Bewerbung um den Bürgermeisternposten von Schneeg zurückgezogen.

Hiermann noch einzelnig gewöhnt. Das zweifelhafte Mandat von Galle-Hort, das der Grund- und Hausbesitzverein Prof. Kraus zurückgezogen hat, ist nach dem Aufstehen in der amtlichen Bekanntmachung des Bürgermeisters einzelnig zugedehnt worden. Es fragt sich nun, ob sich die Wahlmänner aus den Reihen der Hausbesitzer und der Papierfabrikanten damit abfinden oder Einspruch erheben werden.

Die Gemeindeglieder hielten am 10. November ihre fällige Monatsversammlung im Gollhof zu den drei Königen ab. Der Vorstand berichtete über den Verlauf der Verhandlungen über den Verbot des Kaufmanns- und Gewerbebetriebs fort. Er behandelte insbesondere die Forderung nach einem einheitlichen Arbeiterrecht, die Tätigkeit der Gemeindeglieder als Einigungsamt und die Vertretung der Arbeitgeberseite vor dem Gewerbegericht. In der Diskussion sprach Gen. K. L. 12 insbesondere über die zu erwartende Tätigkeit der Gemeindeglieder als Einigungsamt, das für die Aufklärung der Fälle als wichtig angesehen werde. Die Forderung nach Zusammenfassung und Vereinheitlichung des Arbeiterrechts müsse immer dringender erhoben werden. Im Gewerbebetriebsgesetz müßten nur die gemeindeglieder Vertretungen nicht auch die gewerkschaftlichen verboten werden. Die weitere Debatte drehte sich um die Tätigkeit des Gerichts als Einigungsamt. Im weiteren Verlauf der Verhandlung erläuterten die Gen. B. 11 und K. 23 die Verhältnisse der Verhandlungen des Gemeindeglieder Gollhof im Oktober und November. Die Streitfälle waren wiederum nicht sehr zahlreich. In einigen Fällen mußten, da nicht beide Parteien vertreten waren, Berufungsinstanzen geschaffen werden.

Die Besetzung der Rollen In der vergangenen Woche fand an verschiedenen Theatern Vorstellungen statt. Die Besetzung der Rollen war durchwegs gelungen. Die Musik wurde ebenfalls gut aufgenommen. In der nächsten Woche wird die Aufführung des neuen Dramas „Die Fledermaus“ stattfinden. Die Besetzung der Rollen wird voraussichtlich dieselbe sein.

Die Bauaufsichts-Verordnungen In der vergangenen Woche wurde eine Reihe von Bauaufsichts-Verordnungen erlassen. Diese betreffen vor allem die Sicherheit von Gebäuden und die Einhaltung von Vorschriften bei der Ausführung von Bauarbeiten. Die Bauaufsichtsbehörden werden gebittet, diese Vorschriften streng zu befolgen, um die Sicherheit der Bauwerke zu gewährleisten.

Keine Stadterweiterung. Am Montag, den 24. d. Mts., fand eine Sitzung der Stadterweiterungs-Vermittlung nicht statt.

Stadtrat Dr. Hansmann hat, wie er mittel, eine Bewerbung um den Bürgermeisternposten von Schneeg zurückgezogen.

Hiermann noch einzelnig gewöhnt. Das zweifelhafte Mandat von Galle-Hort, das der Grund- und Hausbesitzverein Prof. Kraus zurückgezogen hat, ist nach dem Aufstehen in der amtlichen Bekanntmachung des Bürgermeisters einzelnig zugedehnt worden. Es fragt sich nun, ob sich die Wahlmänner aus den Reihen der Hausbesitzer und der Papierfabrikanten damit abfinden oder Einspruch erheben werden.

Die Gemeindeglieder hielten am 10. November ihre fällige Monatsversammlung im Gollhof zu den drei Königen ab. Der Vorstand berichtete über den Verlauf der Verhandlungen über den Verbot des Kaufmanns- und Gewerbebetriebs fort. Er behandelte insbesondere die Forderung nach einem einheitlichen Arbeiterrecht, die Tätigkeit der Gemeindeglieder als Einigungsamt und die Vertretung der Arbeitgeberseite vor dem Gewerbegericht. In der Diskussion sprach Gen. K. L. 12 insbesondere über die zu erwartende Tätigkeit der Gemeindeglieder als Einigungsamt, das für die Aufklärung der Fälle als wichtig angesehen werde. Die Forderung nach Zusammenfassung und Vereinheitlichung des Arbeiterrechts müsse immer dringender erhoben werden. Im Gewerbebetriebsgesetz müßten nur die gemeindeglieder Vertretungen nicht auch die gewerkschaftlichen verboten werden. Die weitere Debatte drehte sich um die Tätigkeit des Gerichts als Einigungsamt. Im weiteren Verlauf der Verhandlung erläuterten die Gen. B. 11 und K. 23 die Verhältnisse der Verhandlungen des Gemeindeglieder Gollhof im Oktober und November. Die Streitfälle waren wiederum nicht sehr zahlreich. In einigen Fällen mußten, da nicht beide Parteien vertreten waren, Berufungsinstanzen geschaffen werden.

Die Besetzung der Rollen In der vergangenen Woche fand an verschiedenen Theatern Vorstellungen statt. Die Besetzung der Rollen war durchwegs gelungen. Die Musik wurde ebenfalls gut aufgenommen. In der nächsten Woche wird die Aufführung des neuen Dramas „Die Fledermaus“ stattfinden. Die Besetzung der Rollen wird voraussichtlich dieselbe sein.

Die Bauaufsichts-Verordnungen In der vergangenen Woche wurde eine Reihe von Bauaufsichts-Verordnungen erlassen. Diese betreffen vor allem die Sicherheit von Gebäuden und die Einhaltung von Vorschriften bei der Ausführung von Bauarbeiten. Die Bauaufsichtsbehörden werden gebittet, diese Vorschriften streng zu befolgen, um die Sicherheit der Bauwerke zu gewährleisten.

Keine Stadterweiterung. Am Montag, den 24. d. Mts., fand eine Sitzung der Stadterweiterungs-Vermittlung nicht statt.

Stadtrat Dr. Hansmann hat, wie er mittel, eine Bewerbung um den Bürgermeisternposten von Schneeg zurückgezogen.

Hiermann noch einzelnig gewöhnt. Das zweifelhafte Mandat von Galle-Hort, das der Grund- und Hausbesitzverein Prof. Kraus zurückgezogen hat, ist nach dem Aufstehen in der amtlichen Bekanntmachung des Bürgermeisters einzelnig zugedehnt worden. Es fragt sich nun, ob sich die Wahlmänner aus den Reihen der Hausbesitzer und der Papierfabrikanten damit abfinden oder Einspruch erheben werden.

Die Gemeindeglieder hielten am 10. November ihre fällige Monatsversammlung im Gollhof zu den drei Königen ab. Der Vorstand berichtete über den Verlauf der Verhandlungen über den Verbot des Kaufmanns- und Gewerbebetriebs fort. Er behandelte insbesondere die Forderung nach einem einheitlichen Arbeiterrecht, die Tätigkeit der Gemeindeglieder als Einigungsamt und die Vertretung der Arbeitgeberseite vor dem Gewerbegericht. In der Diskussion sprach Gen. K. L. 12 insbesondere über die zu erwartende Tätigkeit der Gemeindeglieder als Einigungsamt, das für die Aufklärung der Fälle als wichtig angesehen werde. Die Forderung nach Zusammenfassung und Vereinheitlichung des Arbeiterrechts müsse immer dringender erhoben werden. Im Gewerbebetriebsgesetz müßten nur die gemeindeglieder Vertretungen nicht auch die gewerkschaftlichen verboten werden. Die weitere Debatte drehte sich um die Tätigkeit des Gerichts als Einigungsamt. Im weiteren Verlauf der Verhandlung erläuterten die Gen. B. 11 und K. 23 die Verhältnisse der Verhandlungen des Gemeindeglieder Gollhof im Oktober und November. Die Streitfälle waren wiederum nicht sehr zahlreich. In einigen Fällen mußten, da nicht beide Parteien vertreten waren, Berufungsinstanzen geschaffen werden.

Die Besetzung der Rollen In der vergangenen Woche fand an verschiedenen Theatern Vorstellungen statt. Die Besetzung der Rollen war durchwegs gelungen. Die Musik wurde ebenfalls gut aufgenommen. In der nächsten Woche wird die Aufführung des neuen Dramas „Die Fledermaus“ stattfinden. Die Besetzung der Rollen wird voraussichtlich dieselbe sein.

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 274

Halle (Saale), Sonnabend den 22. November 1913

24. Jahrg.

Aus der Provinz.

Der verteuerte Zwischenhandel.

In der Deutschen Tageszeitung stellt ein Kleinrentbesitzer aus dem Kreise Liebenwerda die verteuerte Wirkung des Zwischenhandels an einigen Beispielen aus seiner Nachbarschaft fest:

„An einem Tage zu Anfang vorigen Monats kamen vier Viehmaler in unseren Hofhof am Orte, wo auch zwei Bauern aus einem Nachbarort eintraten. Der eine dieser Bauern gab auf Befragen an, daß er eine Kuh mit Kalb zu verkaufen habe, für welche er 550 Mk. forderte. Nach längerem Handel gingen Kuh und Kalb für 620 Mk. in den Besitz der Viehler über. Nach einigen Tagen wurden die Kühe abgeholt und sofort an einen anderen Händler für 680 Mk. weitergegeben. Dieser künzte sie noch an demselben Tage für 610 Mk. wieder einem Bauern auf. So hatten diese Zwischenhändler in vier Tagen 90 Mk. an einer Kuh verdient in die beiden Zwischenritte sich hätten teilen können, wenn sie das Geschäft direkt abgemacht hätten. In einem anderen Falle kaufte ein solcher Zwischenhändler eine Kuh mit Kalb für 400 Mk. und verkaufte sie noch aus dem Stalle des ersten Besitzers heraus für 430 Mk. an einen anderen Händler weiter. Derselbe brachte nach weiteren zwei Tagen die Kuh allein einen Erlös von 410 Mk. Das Kalb 75 Mk. Also auch hier innerhalb weniger Tage eine Preissteigerung zugunsten der Zwischenhändler um 85 Mk.“

„An einem Balle, das innerhalb drei Tagen durch die Hände von drei verschiedenen Zwischenhändlern ging, bis es auf dem Dresdner Markte anlangte, verdienten diese Händler 7-8 + 17 = 25 Mk.“

Der das teure Großgroßhandelsbetriebe lesende Kleinrentbesitzer aus Liebenwerda befragt hinsichtlich, daß der Preis der Zwischenhändler auf dem Viehmarkt ebenfalls blüht, weil in den meisten Fällen der eine Bauer dem anderen nicht über den Weg traunt und lieber mit dem „Juden“ das Geschäft macht, als mit seinem christlich-germanischen Berufsgenossen. Die erste Seite der Sache ist aber die, daß auf diese Weise das für den Konsum bestimmte Fleisch eine beträchtliche Verteuerung erfährt, und so sehr die Sozialdemokratie darauf besteht, daß durch Befreiung der Grenzen der ausländischen Konkurrenz der Weg frei gemacht wird, so lobhaft wird es sich nach wie vor angelegen sein lassen, Maßnahmen durchzuführen, mit deren Hilfe die überflüssigen Zwischenhändler aus dem Lebensmittelhandel beseitigt werden.

Todes vom preussischen Kommunalwahlrecht.

Welch unüberlegte Folgeerscheinungen das schandbare Terrorwahlrecht zu den Stadtverordnetenwahlen zeitigt, dafür nur einige Beispiele aus unserm Bezirk. Bei der in der „reichtumsreichen Stadt Mansfeld“ vorgenommenen Stadtverordnetenwahl der letzten Abteilung übten von annähernd 400 Wählern ganz fünf Mann ihr Wahlrecht aus. Zwei der Stimmenden konnten übrigens noch vor dem freigelegten Wahllokal wiedererkennen, daß sie einen nach amtierenden Stadtverordneten. Deutlicher kann sich dies durch die öffentliche Stimmabgabe hervorgerufenen Terrorismus und die Dreifachstimmerei nicht zeigen. Es hat auch nicht genügt, daß selbst die Kandidaten von Haus zu Haus liefen; sie konnten nicht einmal die Beamten und Lehrer, geschweige denn die gelbe Garde für die Wahl begeistern. Die Arbeiterstadt hat hier schon und deutlich gezeigt, daß sie, wenn feiner der übrigen gewählt werden darf, nur Verachtung für das „Wahlrecht“ hat. Es ist nicht etwa, wie einer der Herren vom Wahlvorstand böhmisch sagte, Gleichgültigkeit oder Unwissenheit der Leute, wenn 99 Prozent ihr Wahlrecht nicht ausüben, nein, hier hat sich das in der ganzen Welt berühmte Mansfelder System selbst gerichtet. Sätze es einer der Arbeiter genügt, sich nur als Kandidaten aufstellen zu lassen, dann hätte er auch gleich sein Wahllokal finden können. Es muß für die beiden Gewählten eine große Ehre sein, daß sie, getragen von dem Vertrauen der fünf Stimmenden, ins Stadtratsamt einzutreten und hier höchstlich sich als Vertreter der Gesamtheit fühlen.

„Schließlich, der buntesten Gasse des Mansfelder Wittenbergerschwamms, übten in der dritten Klasse von 225 Wählern ganz 15 Mann ihr Wahlrecht aus. In der zweiten Abteilung wählten von 47 Wahlberechtigten 7, und die erste Abteilung mit 19 Wahlberechtigten erwählten sogar ein Mann an die Wahlstelle einmündig die zwei ausübenden Stadtverordneten wieder. Es, was würden die Kommunalpolitiker doch für sinnlose Feste kriegen, wenn die Kandidaten der dritten Klasse den Junkerort überwinden und sich an der Wahl beteiligen hätten.“

Ein noch tollereres Ständlein trug sich in Landsberg, Kreis Wittenberg, zu. Als alleiniger „Wähler“ in der ersten Abteilung ist dort eine Metzgerin eingetragen, für die der Direktor das Stimmrecht ausübte und einmündig einen konservativen Agrarier zum Stadtverordneten ernannte. Dann ging der Herr Direktor hin und wählte für sich persönlich in der zweiten Abteilung. Daß dann „seine“ zahlreichen Arbeiter sich hätten, entsprechend ihrer Stellung den sozialdemokratischen Kandidaten zu wählen, ist nicht besonders verwunderlich. Siehe auch besonderen Bericht.

Treffender kann das brutale Schandwahlrecht zu den preussischen Kommunalen nicht gekennzeichnet werden.

Merseburg. Die Gegner bei der Arbeit. Unter Aufsicht der Arbeiter lagte im Wahllokal des zweiten Wahlbezirks die Sammlung des sogenannten Bürger-Ausschusses. In einer schlußfertigen von allerlei Bzfallen und Anrempelungen durchgeführten „Akte“ glaubte der Stadtrat die Ziele der Sozialdemokratie den Garaus zu machen. Dabei wurde von ihm der rote Lappen recht fröhlich geschwenkt und in hübschen Worten zur Einigkeit gemahnt. In Ermangelung einer vernünftigen Programmrede (so stand es ja zum Stimmengang auch ungeeignet, D. W.) wurden die Versammelten ein paarmal über „Sozialismus“ und zum Kampfe gegen die „Machtprobe der Sozialdemokratie“ aufgefordert. Auch der Lehrer G. r. e. m. p. l. e. t. fuhr in hübscher Weise fort, mußte aber infolge starken Unwohlseins abbrechen und wurde von seinen Fremden - nach dem noch ein weiterer Redner circa 3 Stunden geredet hätte - aus dem Saale geschickt. Ob man diesen Akt der Menschenspflicht aus Unkenntnis oder um nur die Anwartschaft zu führen verübt, entgeht für unsere Kenntnis. In einer Arbeiterversammlung sollte zu etwas einfach unmöglich. Auch gelangte in der Versammlung ein Flugblatt zur Verteilung, dessen Inhalt ein solches Maß von Unwissenheit und anmaßender Dreistigkeit zeigt, daß es kein geistiger Verfasser nicht einmal mit seinem Namen zu bezeichnen mag. Nachdem die Verteilung glatt verlaufen war, begannen die Kandidaten: Herr Graubenstein, Waidenmeister Gütel und der christliche Arbeitervereinsvorsitzende Hausmann sod. proklamiert. Herr Engel hielt letzteren nicht für geeignet, war nicht deshalb, weil er weiß, daß dieser abhängig und politischgebunden ist, sondern vor allem, weil er noch nicht lange genug in Merseburg. Nachdem ihm aber versichert worden war, daß der Arbeiter seit 15 Jahre in Merseburg sei, und vom „christlichen“ Arbeiterverein in Vorschlag gebracht worden sei, auch wie Herr Stadtrat Thiele, ebenfalls in der Versammlung, „Mittag bei“, war Herr Engel anscheinend befriedigt.

Parteiangehörigen, Wähler der dritten Klasse. So sehen also unsere geistigen Leuchten im Bürgeramt aus. Diefelben Leute waren es, eure Führer als Arbeiter, als Männer ohne Sinn und Verstand zur Verteilung wichtiger Papiere zu erklären. Sie haben in der Wahlzeit die richtige Antwort! Reigt diesen Herren, wie anfängliche Arbeiter über solche abgedroschenen Phrasen denken.

Ersticht in Massen in der am heutigen Freitag stattfindenden öffentlichen Versammlung, in welcher Sekretär Veit aus Landsberg reden werden wird. Die Wahlzeit ist der Grubenarbeiter Alfred Kraft in einem Hofmann im Geistliche. Er erlitt durch eine Grubenloche lebensgefährliche Querschnitt am Unterleib, die seine Lebensfähigkeit nach dem Krankenbause nötig machten. Dort ist der erst 25 Jahre alte Mann in der Nacht zum Dienstag gestorben.

Sachsen. Die Wahlrechtsreform. Die Reichsversammlung in Merseburg hat sich am Montag Tag genommen, ehe die Ausfertigung der Verordnungen vorgenommen wurde, und nun endlich werden die erwähnten Vertreter brieflich aufgefordert, am 20. Dezember 1913, vormittags von 11½ bis 12 Uhr, an den Wahllokalen in den verschiedenen Wahlkreisen zu erscheinen. Die Wahlhandlung ist die gleiche wie bei den Stadtverordnetenwahlen, bis zum 4. Dezember müssen entsprechende Wahllokalvorrichtungen eingerichtet sein. Bis dahin sind 12 Mitglieder und 24 Kreisräte, und zwar ein Drittel von den Arbeitervereinigungen und zwei Drittel von den Arbeitervereinigungen der Reichsvereine. Die Wahllokalvorrichtungen können nach ihrer Zulassung am 17., 18. und 19. Dezember während der Dienststunden im Magistratsbüro eingesehen werden. Also ein Tag vor den Anfahrtsorten des neuen Gesetzes werden die Wahllokalvorrichtungen in den Wahllokalen aufgestellt sein. Was man eigentlich mit dieser Stimmabgabe bezweckt, ist kaum zu erraten. Aber auch die Arbeiterfreundlichkeit tritt bei diesen Wahlen wieder froh auf. Wie recht wir hatten, als wir vor den Vertreterwahlen zur Christenklasse und vor den Stadtverordnetenwahlen die anfängliche Arbeiterfreundlichkeit des Magistrats ins rechte Licht rücken, beweist wieder die Aufhebung der Wahllokalwahl. Obwohl der Magistrat genau weiß, daß die 20 Arbeitervereinigungen alles Arbeiter sind, die bei diesem Wahllokal Vorbeigehen haben müssen, wird die Wahl trotzdem vormittags von 11½ bis 12 Uhr angesetzt. Oder wird etwas anderes damit bezweckt? Nun, das können wir feststellen, die organisierte Arbeiterkraft ist so gut bis jetzt, daß von unteren 16 gewählten Vertretern keiner fehlen wird. Wir wollen aber nicht verhehlen, daß wir unter große Freude darüber haben, daß die Scheidender Arbeiterkraft bei der letzten Wahl ihren Mann gehalten hat. Durch dieses und geistvollere Vorhaben ist es gelungen, bei den Christenklassen- und Stadtverordnetenwahlen den Gegnern eine empfindliche Schlappe beizubringen und sie dadurch zur vollständigen Bedeutungslosigkeit zu verurteilen. Diese Erfolge der Arbeiter sind aber auch mit auf das Konto der eigenartigen Arbeiterfreundlichkeit des Magistrats zu setzen.

Hessen. Frauenkonferenz. In einer am Sonntag stattgefundenen Besprechung der hiesigen Genossinnen wurde zu der am nächsten Sonntag in Halle stattfindenden Frauenkonferenz Stellung genommen. Diefelben wurde, diese Konferenz durch zwei Genossinnen zu bezeichnen. Als Delegierte wurden die Genossinnen Albrecht und Winter gewählt.

Wendeburg. Ein Volksfest. Ein Festtag wird am 1. Dezember für den hiesigen Bezirk gefeiert. Nebenbei und bis Sonntag, den 23. November, an den Genossen Einzel (Konsumverein) zu richten.

Leuchter. Wahlergebnisse. Bei der am Sonntag hier stattgefundenen Stadtverordnetenwahl herrschte besonders in der dritten Abteilung eine recht ruhige Stimmung. Vier wurden abgegeben für Obermeister Bühlmann 168 Stimmen

und den Kandidaten der Sozialdemokratie Fleischbauer 27 Stimmen, in der zweiten Abteilung für Fabrikant Ziehu 18 Stimmen und Gutsbesitzer Wodendor 10 Stimmen. Es sind somit Obermeister Bühlmann und Fabrikant Ziehu gewählt. In der ersten Abteilung wurde Kaufmann Köpfer gewählt. Bei der ebenfalls am Sonntag im Saalbau der Stadt abgehaltenen Wahl wurden im ganzen 108 Stimmen abgegeben. Bei der Ergänzungswahl für die dritte Abteilung erzielten der Gärtnermeister Emil Engel 78 und unter Genosse Fischer Albert K. o. r. o. z. 8 Stimmen. In der zweiten Abteilung wurden 20 Stimmen abgegeben, die sämtlich auf den Kaufmann Bruno Berger fielen. In der ersten Abteilung erzielte der Herrener Herr Wegold und der Landwirt Franz Stengel je eine Stimme, weshalb zwischen beiden Kandidaten eine Stichwahl stattfinden muß. Wenn nun aber wieder nur zwei Mann doch zur Wahl gehen?

Sachsen. Wahnbau Laucha-Röllde. Die Bauarbeiten konnten bei dem außerordentlich guten Herbstwetter wesentlich gefördert werden. Die Umfassungsmaße sind jetzt fast vollständig. Auf den höchsten Punkten und Wäldern sind für die Betonierung Tiefbrunnen von 80 und 60 Meter hergestellt worden, die täglich je über 600 Kubmeter Wasser abgeben können. Die Wasserleitung werden augenblicklich noch im Gange sein. Die Arbeiten sind über Schönbach hinaus und kann bei dem Wetter Wasser in einigen Wochen erreicht werden. Nachdem die Grund-erwerblichwerden in Giesbach überunden sind, kann wohl das mit beendet werden, daß die Zeilstraße Kollde-Waldroda am 1. Mai 1914, vielleicht auch schon am 1. April, eröffnet wird.

Wittenberg. Ein preussisches Kulturbildchen. Die Landwirtin Frau W. aus Kammsdorf sollte wegen Verdrüßes gegen die Staatsgewalt in das Gefängnis zu Wittenberg eingeworfen werden. Die Frau legte sich in das Bett und behauptete krank zu sein. Da der Beamte diesen Angaben keinen Glauben schenkte, vielmehr auf Zwangsmaßregeln griff, sprang die Frau, nur mit dem Hemd bekleidet, aus dem Bett und flüchtete auf das Feld, wo sie sich nach einiger Zeit ergab. Als sie sich nun wieder in Wittenberg aufsuchen, wurde sie auf einem Weiden, in Wittenberg, dem Gefängnis zugeführt. - Das ist der echte preussische Polizeigedanke, der so leicht nicht übertrieben werden kann.

Gräfenhainichen. Nach der Wahl. Bei der am Dienstag stattgefundenen Stadtverordnetenwahl wurden für die 3. Abteilung 149 Stimmen abgegeben. Es erzielten Kandidat Diefel 68 Stimmen, während Genosse Diefel sogar nur 16 Stimmen erhielt. Somit sind wiederum die beiden Bürgerlichen gewählt. Mehr als trivial muß es bezeichnet werden, daß die übergroße Majorität unterer Wähler noch den bürgerlichen Herrn Wahlrecht. Sieht man denn gar nicht ein, in wie geradezu unheimlicher Weise man gerade jetzt unheimlichen Interessen schenkt? Niemand kann ein Gerichtsbeamter die Sache der Arbeiter voll vertreten, trotzdem manugeben muß, daß der Gewählte von sämtlichen Stadtverordneten nach das höchste Maß an Recht. Am liebsten ist es speziell dem Herrn Neumann durch seine rühmliche Tätigkeit bei den Unternehmern noch einmal gewährt. Die Wahlzeit ist die gleiche wie bei den Stadtverordnetenwahlen, bis zum 4. Dezember müssen entsprechende Wahllokalvorrichtungen eingerichtet sein. Bis dahin sind 12 Mitglieder und 24 Kreisräte, und zwar ein Drittel von den Arbeitervereinigungen und zwei Drittel von den Arbeitervereinigungen der Reichsvereine. Die Wahllokalvorrichtungen können nach ihrer Zulassung am 17., 18. und 19. Dezember während der Dienststunden im Magistratsbüro eingesehen werden. Also ein Tag vor den Anfahrtsorten des neuen Gesetzes werden die Wahllokalvorrichtungen in den Wahllokalen aufgestellt sein. Was man eigentlich mit dieser Stimmabgabe bezweckt, ist kaum zu erraten. Aber auch die Arbeiterfreundlichkeit tritt bei diesen Wahlen wieder froh auf. Wie recht wir hatten, als wir vor den Vertreterwahlen zur Christenklasse und vor den Stadtverordnetenwahlen die anfängliche Arbeiterfreundlichkeit des Magistrats ins rechte Licht rücken, beweist wieder die Aufhebung der Wahllokalwahl. Obwohl der Magistrat genau weiß, daß die 20 Arbeitervereinigungen alles Arbeiter sind, die bei diesem Wahllokal Vorbeigehen haben müssen, wird die Wahl trotzdem vormittags von 11½ bis 12 Uhr angesetzt. Oder wird etwas anderes damit bezweckt? Nun, das können wir feststellen, die organisierte Arbeiterkraft ist so gut bis jetzt, daß von unteren 16 gewählten Vertretern keiner fehlen wird. Wir wollen aber nicht verhehlen, daß wir unter große Freude darüber haben, daß die Scheidender Arbeiterkraft bei der letzten Wahl ihren Mann gehalten hat. Durch dieses und geistvollere Vorhaben ist es gelungen, bei den Christenklassen- und Stadtverordnetenwahlen den Gegnern eine empfindliche Schlappe beizubringen und sie dadurch zur vollständigen Bedeutungslosigkeit zu verurteilen. Diese Erfolge der Arbeiter sind aber auch mit auf das Konto der eigenartigen Arbeiterfreundlichkeit des Magistrats zu setzen.

Landsberg. Das Ergebnis der Stadtverordnetenwahl ist ein recht interessantes zu nennen. In der dritten Abteilung wurden für unseren Genossen Kante ganz 25 Stimmen abgegeben, weshalb der bürgerliche Kandidat mit 85 Stimmen glatt wiedergewählt werden konnte. Von dem einzigen Wähler der ersten Abteilung, der „christlichen“ Person W. Neumann 20 Stimmen. Genosse Kante hat 25 Stimmen, und auch Arbeiter als Ueberzeugungsbürgerlich wählten, versteht sich von selbst, denn das ist sich vor dem amtierenden Polizeiwalter und Polizeimeister gestützt haben könnten, ist doch wohl ausgeschlossen.

Wittenberg. Die Ergebnisse der Stadtverordnetenwahl sind ein recht interessantes zu nennen. In der dritten Abteilung wurden für unseren Genossen Kante ganz 25 Stimmen abgegeben, weshalb der bürgerliche Kandidat mit 85 Stimmen glatt wiedergewählt werden konnte. Von dem einzigen Wähler der ersten Abteilung, der „christlichen“ Person W. Neumann 20 Stimmen. Genosse Kante hat 25 Stimmen, und auch Arbeiter als Ueberzeugungsbürgerlich wählten, versteht sich von selbst, denn das ist sich vor dem amtierenden Polizeiwalter und Polizeimeister gestützt haben könnten, ist doch wohl ausgeschlossen.

Sonnabend: Billiger Schuhtag.

Auf alle **Schuhwaren** in Filz und Leder geben wir Sonnabend

Doppelte Rabattmarken oder **10% Rabatt.**

Bei unseren bekannt billigen Preisen ist dieses Angebot besonders günstig. Ein Einkauf lohnt!

Herrn-Stiefel in schöner Ausführung Paar 12.50 bis 5.50	Damen-Stiefel moderne Fassons Paar 12.50 bis 5.50	Ball-Schuhe in Lack, Leder, Lack- tuch und Alu. Paar 6.75 bis 1.95	Kinder-Stiefel haltbare Qualitäten Paar 8.75 bis 2.75	Filz-Schuhe in Filz und Filztuch Paar 3.25 bis 95 P.	Pantoffeln in Filz und Filztuch Paar 1.15 bis 88 P.	Pantoffeln in Kord und Filzsch Paar 1.15 bis 60 P.	Kinder-Filz- u. Kamehaar-Schuhe zu billigen Preisen.
---	---	---	---	--	---	--	--

Halle a. d. Saale, Leipzigstr. 87.

Arbeitervereine erklärt wurden, bei Aufgabe von Interessen vor allem das Volkswohl zu berücksichtigen. Das Resultat der darüber recht lebhaft gefohrenen Debatte war, daß in Zukunft bei den Beschlüssen der Vereine mehr auf die Interessen der Arbeiter zu achten und die Beschlüsse nicht mehr als einseitig zu beschreiben. Die Beschlüsse der Arbeitervereine sollen in Zukunft nicht mehr als einseitig zu beschreiben. Die Beschlüsse der Arbeitervereine sollen in Zukunft nicht mehr als einseitig zu beschreiben.

Reinmittenberg. Seimlich entfernt hat sich Donnerstag Nacht der K. aus seiner Wohnung. Er war bis vor kurzem in einer Gefangenschaft untergebracht. Die Angehörigen ließen den Folgebund kommen um die Spur ausfindig zu machen, der Hund nahm Wtterung bis zur Elbe, wo die Spur aufhörte. Es ist anzunehmen, daß der Vermisste ins Wasser gegangen ist.

Bergau. Betriebsunfall. Der Knecht Hildebrandt, auf dem Vorderen Gute besftigt, kam beim Drehen von Getreide mit der rechten Hand in die Wchelle. Die Hand wurde ihm schwer verletztes. Der Knecht wurde in das Krankenhaus in Wittenberg gebracht.

Jessen. Bürgermeisterwahl. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde der Gemeindevorsteher und langjährige konservative Landtagsabgeordnete Bernhard Schrtgen aus Eberlein bei Abendung einstimmig zum Bürgermeister gewählt.

Torgau. Zur Stadtverordnetenwahl. Am morgigen Sonntag findet im Hnigsgebude ein Verammlung der dritten Abteilung statt. Stadtverordneter Gustav Engel-Wittberg spricht über: Die bevorstehende Stadtverordnetenwahl.

Waldow. Aus der Partei. In der letzten Wahlvereinsversammlung wurde zunächst die Quartalsrechnung entzogen genommen. Die Einnahme betrug 158,55 M., die Ausgabe 166,58 M., davon wurden 140 M. an die Mitglieder gelohnt. Der Bericht vom Vereinsjahr wurde ebenfalls angenommen. Der Vorstand wurde wiedergewählt. Am 25. November und 9. Dezember findet im Hotel Waldow ein Vortrag des Genossen Dreher-Salle über Verfassungswahl statt. Die einzelnen Gewerkschaften sollen bei Kräften von Unglücksfällen oder Wählerlisten sich sofort an die Zutrittskontrolle wenden. Eine Visierkontrolle ergab, daß noch viele Genossen in ihren Wohnungen im Wählerverzeichnis eingetragen sind. Ein Verzeichnis über die Zutrittskontrolle und Verzeichnis der Straßen führt hier ein.

Waldow. Das Gewerkschaftskomitee nahm in seiner letzten Sitzung von mehreren Eingängen Kenntnis und vertagte die Regelung des Herbergsens. Eine feste Gefngnisordnung wurde mit einigen Änderungen beschloßen. Von den Delegierten der Bauarbeiter wurde darauf hingewiesen, daß am Streik beteiligt gewesene Bauarbeiter von den Straßen zu entfernen und die Straßen von unterhaltungsbedrfigen Bauarbeitern bewilligt. Der Metallarbeiterverband hat 50 M. zur Verfügung gestellt, die übrigen Gewerkschaften sollen sich ebenfalls beteiligen. Die Veranaltungen des Bildungsausschusses sollen in Zukunft mehr beschränkt werden. Am einen am 25. November stattfindenden Vortragsabend des Genossen Dreher-Salle werden die Genossen von Waldow und des Genossen Popowitsch-Berlin, am 28. November, wurde hingewiesen.

Berene und Veranaltungen. Nachts. Auf die am Sonntag stattfindende Mitgliederversammlung des Konsumvereins ist hiermit hingewiesen. Helbra. Sonnabend, den 22. November, abends 8 1/2 Uhr, findet im Gasthof zur Sonne eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Arbeitervereins, Jhliche Versammlung, statt. Unter dem Vorsitz des Genossen Popowitsch-Berlin, am 28. November, wurde hingewiesen. Waldow. Auf die am Sonntag stattfindende Mitgliederversammlung des Konsumvereins ist hiermit hingewiesen. Helbra. Sonnabend, den 22. November, abends 8 1/2 Uhr, findet im Gasthof zur Sonne eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Arbeitervereins, Jhliche Versammlung, statt. Unter dem Vorsitz des Genossen Popowitsch-Berlin, am 28. November, wurde hingewiesen.

beordneter Krautmann in letzter Sitzung in den Magistrat abzuschießen, damit noch ein Mandat mehr frei wurde. Herr Kompa wurde nicht wiedergewählt. Selbst Herr Krautmann wurde nicht wiedergewählt. Selbst Herr Krautmann wurde nicht wiedergewählt. Selbst Herr Krautmann wurde nicht wiedergewählt.

Reinmittenberg. Seimlich entfernt hat sich Donnerstag Nacht der K. aus seiner Wohnung. Er war bis vor kurzem in einer Gefangenschaft untergebracht. Die Angehörigen ließen den Folgebund kommen um die Spur ausfindig zu machen, der Hund nahm Wtterung bis zur Elbe, wo die Spur aufhörte. Es ist anzunehmen, daß der Vermisste ins Wasser gegangen ist.

Bergau. Betriebsunfall. Der Knecht Hildebrandt, auf dem Vorderen Gute besftigt, kam beim Drehen von Getreide mit der rechten Hand in die Wchelle. Die Hand wurde ihm schwer verletztes. Der Knecht wurde in das Krankenhaus in Wittenberg gebracht.

Jessen. Bürgermeisterwahl. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde der Gemeindevorsteher und langjährige konservative Landtagsabgeordnete Bernhard Schrtgen aus Eberlein bei Abendung einstimmig zum Bürgermeister gewählt.

Torgau. Zur Stadtverordnetenwahl. Am morgigen Sonntag findet im Hnigsgebude ein Verammlung der dritten Abteilung statt. Stadtverordneter Gustav Engel-Wittberg spricht über: Die bevorstehende Stadtverordnetenwahl.

Waldow. Aus der Partei. In der letzten Wahlvereinsversammlung wurde zunächst die Quartalsrechnung entzogen genommen. Die Einnahme betrug 158,55 M., die Ausgabe 166,58 M., davon wurden 140 M. an die Mitglieder gelohnt. Der Bericht vom Vereinsjahr wurde ebenfalls angenommen. Der Vorstand wurde wiedergewählt. Am 25. November und 9. Dezember findet im Hotel Waldow ein Vortrag des Genossen Dreher-Salle über Verfassungswahl statt. Die einzelnen Gewerkschaften sollen bei Kräften von Unglücksfällen oder Wählerlisten sich sofort an die Zutrittskontrolle wenden. Eine Visierkontrolle ergab, daß noch viele Genossen in ihren Wohnungen im Wählerverzeichnis eingetragen sind. Ein Verzeichnis über die Zutrittskontrolle und Verzeichnis der Straßen führt hier ein.

Waldow. Das Gewerkschaftskomitee nahm in seiner letzten Sitzung von mehreren Eingängen Kenntnis und vertagte die Regelung des Herbergsens. Eine feste Gefngnisordnung wurde mit einigen Änderungen beschloßen. Von den Delegierten der Bauarbeiter wurde darauf hingewiesen, daß am Streik beteiligt gewesene Bauarbeiter von den Straßen zu entfernen und die Straßen von unterhaltungsbedrfigen Bauarbeitern bewilligt. Der Metallarbeiterverband hat 50 M. zur Verfügung gestellt, die übrigen Gewerkschaften sollen sich ebenfalls beteiligen. Die Veranaltungen des Bildungsausschusses sollen in Zukunft mehr beschränkt werden. Am einen am 25. November stattfindenden Vortragsabend des Genossen Dreher-Salle werden die Genossen von Waldow und des Genossen Popowitsch-Berlin, am 28. November, wurde hingewiesen.

Berene und Veranaltungen. Nachts. Auf die am Sonntag stattfindende Mitgliederversammlung des Konsumvereins ist hiermit hingewiesen. Helbra. Sonnabend, den 22. November, abends 8 1/2 Uhr, findet im Gasthof zur Sonne eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Arbeitervereins, Jhliche Versammlung, statt. Unter dem Vorsitz des Genossen Popowitsch-Berlin, am 28. November, wurde hingewiesen.

Berene und Veranaltungen. Nachts. Auf die am Sonntag stattfindende Mitgliederversammlung des Konsumvereins ist hiermit hingewiesen. Helbra. Sonnabend, den 22. November, abends 8 1/2 Uhr, findet im Gasthof zur Sonne eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Arbeitervereins, Jhliche Versammlung, statt. Unter dem Vorsitz des Genossen Popowitsch-Berlin, am 28. November, wurde hingewiesen.

Aus den Gerichtsflen.

Schwurgericht.

In der Donnerstags-Sitzung, zu der 34 Zeugen und sechs medizinische Sachverständige geladen waren, begann die Abtreibungsaffre von Dlau, die feinerzeit bei der Festnahme der Hebamme Marie Sildewandt ziemlich auffallen ergab. Die Angeklagte, eine sehr stattliche Frau im Alter von 47 Jahren, die frher längere Zeit in einem Kurort gewohnt hat und wegen Kurpulserei verurteilt ist, wirkt seit 1908 in Dlau. Mit der S. wurde noch eine Wulfskranz Frau E. als Angeklagte aufgerufen, die aber zur Verhandlung nicht erschienen war. Als dann im Laufe des Vormittags Frau Wege frlichlich an Gerichtsstelle erschien, wurde ihr bedauert, daß gegen sie nun besonders verhandelt werden müsse. In der Sache Hildebrandt sich zunächst zwei Tage zur Verhandlung in Aussicht genommen worden. Frau Hildebrandt wird der vollendeten Abtreibung in sechs, der versuchten in zwölf Fällen beschuldigt. Die Taten sollen begangen sein in den Jahren 1907 bis 1912 in Dlau und Umgebung. Unter den Tätern befanden sich Berensmann, Dienstmädchen, junge Frauen usw., die in Not und Gefahr die Hilfe der Angeklagten in Anspruch genommen hatten. Alle Steine, die in gewisser Beziehung auf die „weiße Frau“ gezogen werden, treffen im Grunde genommen doch zum groen Teil die dielegetrische Gefngnisordnung, die auf der einen Seite über den Geburtstodgang setzt, und der anderen Seite Frauen und Wdchen durch mangelhafte Erziehungsbedingungen, Not und Gefahr in die Hände der Geburtuntersttzer treibt. Auch der „goldene Reichthum“, der in einer Unverhltnis durch den Studentenberuf nicht vermindert wird, ist dabei nicht ganz außer acht zu lassen und man möchte ein kurzweiliger Duelle sein, wenn man alle Schuld lediglich und allein auf die Angeklagte abwlgen wollte. Wenn sie auch zumeilen hohe Strafen bekommen hat, so hat sie sich doch auch zu mancher stattbaren Handlung durch in Not getatene Personen verleiten lassen. Unter den Zeuginnen befanden sich meist Beronen, die wegen Abtreibung oder versuhter Abtreibung von den Straf-

ammen bezetzt abgeurteilt worden sind. Der Gefngnisbesitzer warnte die Zeugen sehr ernstlich, daß sie nicht in irgendeiner Weise die Angeklagten zu begünstigen, geschweige denn zu verurteilen, sondern nur die Wahrheit zu sagen. Eventuell vorgekommene Begünstigungen würdigen mit Energie untersucht werden. Ueber den Ausgang der nichtpffentlichen Verhandlung werden wir morgen berichten.

Stroffammer.

Ein Sittensattest beging der 63jhrige verheiratete Arbeiter Daniel Bürger von Sandersdorf am 17. September an einem jhrlngigen Buben. Er wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Schaffengericht.

Eine Reife mit sehr bigen Folgen unternahm ein Wrtler Kaufmann am 27. Juli von hier nach Wittenberg. Obwohl die Reife und Sattelkappe besetzt mit und ein Mann von ganz Bildung sein soll, hatte er durchaus unbedeutend geistige Begabung. Die Häufigsten Beleidigungen begangen. Zu seinen Reifen bezug er Monatsraten; da sein Verlangen aber am genannten Tage eine erhebliche Verjpfung hatte, ließ er in einem Drre und unterließ es, den üblichen Zufall zu geben. Als dann im Zuge der Schaffener in die Baracke und im Hofe zu stehen er unterließen, daß die übliche Aufschuldung zu befragen, wurde er ausfallen. Der Schaffener sagte ihm, er müsse 6 M. Strafe bezahlen und die Monatsrate werde dem Stationsbeamten in Wittenberg übergeben. Auch gegen Eisenbahnbeamte in Wittenberg wurde der Mann beschuldigt, daß er in drei Fällen die Eisenbahnbeamten aufzutreten der Beamten als gemeinlich, frech und unverschämt. Jene Beamten des heiligen Deutschen Reiches wären Jodien. Der Vorsteher hätte ein hinter die Ohren verdient, daß müsse jeder gesunde Mensch einsehen. Der Angeklagte wurde wegen Beleidigung zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Beantwortet waren vier Wochen.

Gewerbegericht.

Vorbestaltene Weihnachtsgratifikation. Ein Geschäftsführer hatte längere Zeit bei einem Kaufmann in dessen Expeditionsgeschft gearbeitet und angelassen, daß ihm wochentlich 30 Pf. von Lohn abgezogen wurden. Diese Abschgungen sollten aufgezahlt zu Weihnachten an den wenigen Arbeiter verteilt werden, die dann noch im Geschäft wären. Als er am 28. Oktober fhigungslos entlassen wurde, hatte er einmal 30 Pf. abgezogen. Er verlangte nun den Betrag von 3,30 M. und Lohn für einen Tag, da einjährige Kündigungsfrist vereinbart worden sei. Dem Geschäftsführer wurde bedauert, daß die vorbestaltene Abschgung nicht zur Übernahme der Arbeit nicht als Lohnabgabe betrachte. Jene 30 Pf. habe er vielmehr dem Wochelohn zugerechnet, um sie für die Arbeiter zu sparen. Da der Angeklagte aber Weihnacht nicht mehr in der Stellung war, hätte er auf Auszahlung Anspruch nicht erheben können. Dem Geschäftsführer wurde bedauert, daß die vorbestaltene Abschgung nicht zur Übernahme der Arbeit nicht als Lohnabgabe betrachte. Jene 30 Pf. habe er vielmehr dem Wochelohn zugerechnet, um sie für die Arbeiter zu sparen. Da der Angeklagte aber Weihnacht nicht mehr in der Stellung war, hätte er auf Auszahlung Anspruch nicht erheben können. Dem Geschäftsführer wurde bedauert, daß die vorbestaltene Abschgung nicht zur Übernahme der Arbeit nicht als Lohnabgabe betrachte. Jene 30 Pf. habe er vielmehr dem Wochelohn zugerechnet, um sie für die Arbeiter zu sparen.

Reichsgericht.

Die Raube der Verhmften.

Das Landgericht Halle (Saale) hat am 24. Mai die gefährliche Ehefrau Margarete Klauenborn wegen Verurteilung der Raube der Verhmften verurteilt. Eine lange Ehefrau ging ihrer Strafe voraus. Der Halbmillions Frau W. hatte als Student die Angeklagte als damalige Fräulein Karl einmal auf einer Reise in Berlin in einem Cafe kennen gelernt und mit ihr ein Liebesverhältnis angeknüpft. Zwar verurteilte er und zwar auf Verwehren seiner Eltern, sich nach einige Zeit mit der Verurteilung der Raube der Verhmften zu trennen, daß er sich in der Ehe nicht einrichten konnte, daß er sich in der Ehe nicht einrichten konnte, daß er sich in der Ehe nicht einrichten konnte. Eine Tages hatte die Angeklagte, in der Wohnung W. einen Bekannten beselzen unter Drogen mit Reichthum und Neugier zu Untersuchung eines Schreibens. Dem Bekannten hatte daruber gesagt, daß es ihm als noch unerschtzt. A. einen Strafzettel wegen Mrdigung geteilt, woraufhin diese auch zu acht Wochen Gefängnis verurteilt worden ist. Nachdem sie die Strafe verbt, nahm sie ihre Stellung als Hausdame bei W. wieder ein und begann diesen fhlichlich, sie zu heiraten. Sie stellte ihm nämlich vor die Wahl, sie entweder zu heiraten oder eine Lebenssumme von 20 000 Mark zu zahlen, andernfalls ist ihm wegen Weineids angezogen werden. Diesen Weineid sollte W. geleiet haben, als er in der erwähnten Strafe wegen der Mrdigung als Zeuge vernommen wurde. Da die Angeklagte aber in der Ehe auch mit anderen Männern befreundet, reichte W. die Schriftstücke ein. Darauf verlangte die Angeklagte von ihrem Gatten eine Lebenssumme von 20 000 Mark und drohte, falls diese Summe nicht bezahlt werde, wiederum mit der Anzage wegen Weineids. W. aber zahlte das Geld nicht, worauf die Angeklagte in der Tat die Anzage wegen Weineids machte. Das Blatt aber wollte sich zu ihren ungunsten. Denn als die Staatsanwaltschaft die Weineidschwre zu neun Monaten Gefängnis geneht hat - unterliete und von der Frdung der Angeklagten, welche diese gegen früheren Geliebten erhoben hatte, hrte, rffnete sie gegen diese das Verfahren wegen verurteilter Erpressung, was die bereits erwähnte Verurteilung der Angeklagten zur Folge hatte.

Gegen das Urteil hatte die Angeklagte Revision eingelegt mit der Begründung, es sei nicht festschick, daß sie sich der Weineidschwre ihres Mannes bewußt gewesen sei. Sie sei der Meinung gewesen, sie habe eine berechtigte Forderung gegen ihren damaligen Geliebten gehabt, denn dieser habe ihr fhlichlich ein Eheverprechen gegeben gehabt. Deshalb ist W. verpflichtet gewesen, ihr eine Entschädigung zu zahlen. Das Reichsgericht bewahrt indessen am Donnerstag die Revision als ungerichtet, da ohne Rechtsirrtum als erwiesen angesehen worden sei, daß die Angeklagte es verurteilt hat, ihren späteren Ehemann unter der Drohung mit einer Anzage wegen Weineids zur Herausgabe von 20 000 Mark zu bestimmen.

Briefstatten der Redaktion.

Einige Festschreiberstatten. Es ist vollkommen ausgeschlossen, daß der Raum des Volksblatts für Berichte über fhliche Verurteilungen im Gewerbeamt und Gewerkschaften zur Verfügung gestellt werden kann. Auch wenn bei den besten beglubigten Anzagen gehalten worden sind, können des fhlichen Raumes mangels wegen festschreibende keine Ausnahme finden. Redaktion.

Deden Sie Ihren - Bedarf an - Uhren und Goldwaren - bei der all reell und billig bekannten Firma 192 - Max Bernhardt, Große Markt - Straße 144. - Sorgfältige und solide Reparaturwerkstatt für Uhren.

Der **Leipziger Volkskalender** von Damen-u. Herren-Wäsche, Aussteuerartikeln, Leinen-u. Baumwollwaren, Herrenartikeln in dem früh. Geschftlokal der Halleschen Wschefabrik findet nur Leipzigstr. 17, von vormittags 9-1 und von 3-7 Uhr statt. 4600

Sonnabend den 22. November findet die Eröffnung

unserer bedeutend erweiterten, übersichtlichen, modernen
Geschäftsräume statt.

Zur Besichtigung ohne Kaufzwang laden wir höflichst ein. Dem geehrten Publikum danken wir bestens für die gütige Rücksichtnahme während unseres Umbaus und bitten um geneigtes ferneres Wohlwollen.

Leonhardt & Schlesinger, Halle (Saale)

Telephon 113.

Grosse Ulrichstrasse 13/15.

Telephon 575.

5 Tage zur Probe
mit Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen
ohne Anzahlung

nur gegen monatl. Teilzahlungen von
2 Mark
an Spezialkataloge gratis und franko! Postkarte genügt!

Bial & Freund
Postfach 345/657
Breslau II

Jagdgewehre, Revolver, Browning, Scheibenschießen, Teeshing etc.

Konsum-Berein zu Merseburg u. Umgeg.

(eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)

Aktiva.

Schlußbilanz am 30. Juni 1913.

Passiva.

Aktiva		Passiva	
a) Betriebsmittel:			
An Waren-Konto	67 472 57	Ver Nebenfonds-Konto	38 888 36
„ Utensilien-Konto	6 000 —	„ Dispositionsfonds-Konto	9 766 91
„ Geschir-Konto	4 000 —	„ Mitglied-Geschäftguthaben-Konto	45 292 41
„ Maschinen-Konto	13 000 —	„ Konto: Nicht erhobene Anteile	426 81
		„ Sterbeunterstützungsfonds-Konto	767 50
	90 472 57		90 141 48
b) Angelegte Werte:			
„ Anteil-Konto bei der G.-G.-G.	4 124 40	b) Aufgenomm. Betriebsmittel:	
„ Kautionshinterlegungs-Konto	1 200 —	Ver Spareinlagen-Konto	70 206 82
„ Anteil-Konto bei der Verf.-Ges.	1 000 —	„ Sparmarken-Konto	471 50
	6 324 40	„ Kautions-Konto	6 300 —
			76 978 32
c) Grundbesitz:			
„ Grundstücks-Konto I	108 000 —	c) Grundstückschulden:	
„ do. II	20 000 —	„ Hypotheken-Konto	97 200 —
„ do. III	21 200 —	„ Hausanteile-Konto	2 405 —
	149 200 —		99 605 —
d) Verfügbare Werte:			
„ Kassa-Konto	9 562 64	d) Verbindlichkeiten:	
„ Bankeinlage-Konto	20 634 86	„ Lieferanten-Konto	1 045 71
„ Giro-Konto	36 846 61	„ Mitglieder-Rabatt-Konto	36 273 63
„ Sparfassen-Konto	1 960 08	„ Mitglieder-Guthaben-Konto	4 039 84
	69 004 18		41 358 68
e) Forderungen:			
„ Darlehns-Konto	15 490 —	e) Erübrigung:	
	15 490 —	„ Verlust- und Erübrigungs-Konto	22 407 67
			22 407 67
	830 491 15		830 491 15

Verlust- und Erübrigungs-Konto am 30. Juni 1913.

Debet.		Kredit.	
a) Abschreibungen:			
An Utensilien-Konto	1 660 00	Ertrag:	
„ Maschinen-Konto	7 000 00	Ver Waren-Konto (Brutto-Gewinn)	122 008 75
„ Geschir-Konto	3 351 80	„ Diskont-Konto	5 500 36
„ Grundstücks-Konto I	3 362 84	„ Rabattmarken-Konto	40 80
„ Grundstücks-Konto II	2 000 00		127 549 91
„ Grundstücks-Konto III	2 000 00		
	19 364 64		
b) Aufwand:			
An Unkosten-Konto	34 816 43		
„ Geschir-Unterhaltungs-Konto	6 123 18		
„ Geschütter- und Röhre-Konto	44 897 99		
„ Erübrigung	23 407 67		
	108 185 27		
	127 549 91		127 549 91

Mitglieder-Bewegung 1912/13.

Bestand am 1. Juli 1912	1877 Mitglieder
Zu Laufe des Jahres traten ein	328
Zu Laufe des Jahres schieben aus:	2205 Mitglieder
a) durch Kündigung	145
b) durch Uebertragung	1
Bestand am 30. Juni 1913	2069 Mitglieder
Die Kassumme der Mitglieder betrug am 1. Juli 1912	56 310,— Mark
Erhöhte sich im Laufe des Jahres durch 328 Beitritte um	9 640,—
	66 150,— Mark
Die Kassumme verringerte sich durch Ausscheiden von 146 Mitgliedern um	4 390,—
Die Kassumme betrug am 30. Juni 1913	61 760,— Mark
Merseburg a. d. Saale, den 21. November 1913.	

Der Vorstand:

Paul Dönger. Mich. Jutzig. Bernh. Müller.

Vorsitzende Vermögens-Bilanz und Ergebnis-Abrechnung haben wir in allen Teilen geprüft und mit den Büchern in Uebereinstimmung gefunden.

Der Aufsichtsrat:

H. Thieme. G. Wötter. G. Nieseder. Aug. Schmidt. Mich. Krüger. Friedrich Meins. Hermann Opp.

Winter-Joppen

in allen Formen in allen Farben



4 75 5 6 75 8 50 9 10 12 15 22 00 bis 22 00 M.

Knaben-Rester-Joppen

auch in diesem Jahre wieder bedeutend unter Preis.

Mitgl. des Rabatt-Spar-Vereins.

Julius Hammerschlag,

36 Gr. Ulrichstr. 36, nahe der Alten Promenade.

Jeder Liebhaber einer wirklich guten Tasse Kaffee trinkt nur

Büsch's gerösteten Probat-Kaffee

das Pfund Mk. 140 150 160 190 200 220

Ein Versuch überzeugt die Preiswürdigkeit. 4981

Carl Otto Büsch

Kaffee-Gross-Rösterei „Probat“ Leipzig, Fernsprecher 213.

Ansichts-Postkarten

Die Volks-Buchhandlung.

Lieben sollst du den Fremd mit dem Herzen; aber wählen sollst du ihn mit dem Verstand. Zichhoke.

Das Arbeiterlied.

(Zum Herbstkonzert des Hallischen Arbeiter-Sängerkörpers.)
Weder von der Kunstgeschichte noch von der politischen Geschichtsforschung ist bisher die Bewegung innerhalb der deutschen Arbeiterklasse gewürdigt worden, die in den Bildungsbewegungen am Anfang der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ihren Ursprung hat, der sich seitdem in der Entwicklung eines von wissenschaftlichen Forderungen ebensowenig wie vom Gegenwartspolitiker übersehen werden darf. Als im 1860 in den Arbeitervereinen Gesangsabteilungen gegründet wurden, kam allein die Bildung von Männerchören in Betracht. Erst nachdem es eine politische und gesellschaftliche Frauenbewegung gab, bildeten sich auch gemischte Arbeiter- und Arbeiterinnen-Gesangsabteilungen. Die Entfaltung reiner Frauenchöre fällt erst in das letzte Jahrzehnt der dreißiger Jahre. August Webel erwähnt in seinem Buche aus meinem Leben schon seine Zugehörigkeit zu der Gesangsabteilung des gewerblichen Bildungsvereins in Leipzig (1861). Einige Dokumente aus dem Jahre 1864, die die Zeit der Sozialistenverfolgungen überdauern haben, geben uns Kunde von einem aus 12 Mitgliedern bestehenden Arbeiter-Gesangsverein in Frankfurt a. M., der auf Anregung Ferdinand Lassalles aus dem dortigen Allgemeinen Arbeiterverein hervorging. Diese zwölf sangen ihm, als er auf einer Reise nach der Schweiz in Frankfurt übernachtete, das von Hermann Geheide und von Hans von Bülow unter dem Pseudonym Solinger komponierte Bundeslied 'Wet' und arbeit'. Die meisten Führer der Arbeiterparteien haben die Arbeitergesangvereine gefördert, möglich, daß man sie einseitig unter Vereinsamelei registrierte und in den Lebungsabenden eine Verzechtelung der für den Klassenkampf notwendigen Kräfte erlitt. Mit bewusstem Parteigebnis beanspruchte man die gesamte intellektuelle Energie des Arbeiters für unmittelbare politische Ziele. Man überließ immer, daß das Arbeiterlied auch ein sehr guter Agitator sein kann. Die bürgerlichen Gesangsvereine sind zum guten Teil Flügelchören politischer Parteien ideell und materiell unterstellt und haben ihre Geschichtsschreiber gefunden. Ihre Werke geben Aufschluß über die Entwicklung des vaterländischen des deutschen Liedes; ihr wissenschaftlicher Wert steht allerdings nicht immer im Verhältnis zu der Dichtbarkeit der Verse. Für eine Geschichte des Arbeiterliedes und der Arbeitergesangsvereine gepflegten Literatur scheint keinerlei Vorarbeit geleistet zu sein. Das Arbeiterlied ist ein Stück Geschichte des Proletariats. Es wäre eine besondere Aufgabe, dieses Stück Kulturgeschichte zu schreiben, eine Aufgabe für jemand, der ein ebenso feinsinniger Musiker wie Historiker sein möchte, der Künstler wäre und doch volles Verständnis besäße für das Gesellschaftsleben, die Liebe und den Haß, sowie für die sozialen und ökonomischen Verhältnisse des Proletariats. Es gehörte die Auffassungskraft eines Zola dazu, den Gedankengang eines Proletariats aufzuspüren, der in bürgerlichen Verhältnissen, in Schmutz und schmutziger Atmosphäre der Fabriken sein Leben atmet und muß seinen Gesundheits- und Lebensbeständig von den stehenden, schlafenden, tosenden, drängenden Stahlgliebern des Arbeitstages, der durch seine monotone Arbeit selbst nur ein Glied des eisernen Ungeheuers wird, beselzen, das mit Heißung und vom Morgen bis zum Abend unersättlich seine Arbeitskraft und beim geringsten Erlahmen selbst sein Leben verflingt. Es ist schwer zu begreifen und bleibt dem außerhalb dieser Welt Stehenden unbegreiflich, wie hoch ein Fabrikarbeiter nicht von Mut und Haß gegen seine Maschine erfüllt wird, wie er im Gegenteil Gefühle menschlicher Art für das ihm gehörende riesenförmige Wunderwerk jenseitlicher Intelligenz hegen kann; obgleich er für seine aufreibende Plage nur das erhält, um in einer gleichmäßig hindrömenden Sorgenluft nicht untergehen zu brauchen. Wer befragt die ob ihrer arten Ausschweifung so schönen Blumen, die in dieser Verborgenheit auf dem Verengenden des Proletariats blühen, die gerade von den höchsten Strahlen elender warmer Gedanken, die lautlos durch den Vorstellungsreis des Arbeiters ziehen, gleich summen Bögeln mit schimmerndem Glanze, Bögeln aus geheimnisvollen Regionen? Wer erfährt denn die Wünsche, Hoffnungen, Ängstlichkeiten, deren sich der Proletariat im Lichte der nackten Wirklichkeit schämt, weil es ihm unpassend dünkt, als tauber Arbeitssmann sich weider Nahrung zu überlassen? Ein Schumann, Schubert, Brahms ist dem Proletariat als Sänger seiner Lust und Liebe, seines Leides nicht erfinden. Es gibt große Künstler, wie Johannes Brahms, die dem Schicksal des Proletariats entzogen sind, aber in der Regel haben sie, wenn sie sich allen Hindernissen zum Trost bis zum Gipfel der Kunst emporgearbeitet haben, dergleichen, wie ihre Eltern waren, dergleichen, wo ihre Wege lagen. Ihre Vorstellungen wohnen nicht mehr in dem Boden ihrer Wirklichkeit, die gute Gesellschaft ist abgehirt. Man kann es ihnen auch nicht übel nehmen. Die Kreise, worin sie ihr Fortkommen fanden, wollen nicht hören von Proletariatsleiden und sie selbst lehnen nach Schönheit im Lebensgenuss. Der Rufus der Reichen hat sie verweichlicht, ihr Charakter ist sensibel geworden. Nur die ganz hochstehenden Proletarier werden auch von der Höhe eines eleganten Künstlerlebens verklärten Blickes in das dunkle Tal hinabsehen, um im Nebel die Heimat liegt; dann wird ihre träumende Seele gerüttelt und aus der Erinnerung quillt ein Lied gar herb und traurig. Werkstoffpoel - Sehr leidet die Arbeiterbewegung unter dem Mangel gefinnungsverbundener Dirigenten und Komponisten. Die Sorge um musikalische Literatur, die aus dem Herzen der Arbeiterwelt geboren wäre, beschäftigte die Arbeitergesangsvereine fort und fort. Die Menschen schwärmen im Liebe für ihre Hebel. Es ist auch ganz in der Ordnung, daß die politischen Richtungen der Meinungen in der Kunst, im Liebes, zum Ausdruck kommen. Es gibt unverbunden unterstehende Merkmale einer aristokratischen und einer demokratischen Richtung in der Kunst. Ein Bürgermann (schöpft, als Künstler aus einem ganz anderen Kreise von Empfindungen und Anregungen, als einer der oberen Schichten. Ebenso streng, wenn nicht noch strenger, ist der Unterschied zwischen künstlerischen Produktionen des Bürgerums oder des sogenannten Mittelstandes und des Proletariats. Die Lebensanschauung einer Bevölkerungslasse ist ein Niederschlag der

sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Nur starke Individualitäten entziehen sich dem zwingenden Einflusse des sozialen Milieus und vermögen sich unbeeinträchtigt davon eine eigene Meinung zu bilden. Jede soziale Bevölkerungslasse hat ihr eigenes Leben, ihre eigene Lebensanschauung und tradiert, banal, sie überall zum Ausdruck zu bringen. Der Kunst, die eine Bevölkerungslasse pflegt, insbesondere die Gesangsart der Besondere, wird die politische Lebensanschauung der Ausführenden widerspiegeln. Gehen wir zwei Jahrhunderte zurück. Aus grauem Nebel tauchen die algermanischen Wälder hervor. Im Schattenspiegel gewaltiger Eichen liegt die Wälder. Ihr Gesang verdrängt den Ruf der heidnischen Vorfahren. Gesangsart auf Gesangsart laucht dieser Kunde und nachher dann seine Freiheit, die Kampfeslust und den Brigrigiosität. Eines später wachen Roms Schatten über das blutgetränkte Land. Dampf hallen die Klosterlöcher in den Gang lateinischer Mönchschor. Dann nach die Militeit des Mittelalters. Das Mittelalter, nicht der dunklen Zeiten. Auf den Bergen der Ehen erlösen sich die Glockenklänge. Die Mitterzeit des Minnegebetes erzieht. Er trieb seine schönsten Spiele zur Höhenlaufenzug und ging im Raubtrieb des Raubrechts zugrunde. Im dieselbe Zeit regten sich in den Städten die Meisterhandwerksgesellschaften. Wieder, trinkende Schütter, Weber, Schloffer und sonstige Handwerker trafen an Sonntagen und Festtagen gewöhnlich in einer Kneipe zusammen, um den Gesang zu pflegen und ihre Bestreife abzuhalten. Sie sangen von allem Möglichen; am wertvollsten sind die Lieder, die in fatischer Form die gesellschaftliche Moral, die Riten und Gebräuche ihrer Zeit schildern und geteilen. Die Minneberger Meisterhandwerksgesellschaft bestand bis ins 18., die der Ulmer sogar bis ins 19. Jahrhundert, die heussie vermittelte einen un-mittelbaren Lebensgang in den bürgerlichen Minnegefangenen. Lebensart und zu jeder Zeit, wo politische Zustände die Volksseele bewegten, kam dies auch zum Ausdruck. Die nach den Sängerkünften entstehenden bürgerlichen Gesangsvereine, die Liedertafeln, sangen das 'deutsche Lied', das vaterländische Lied monarchischer Tendenz; und als das Proletariat sich zur Fliege des Chorgesanges organisierte, verlegte auch es seine Meinung nicht. Ende der sechziger Jahre war das Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft schon mächtig entwickelt, und mit ihm entwickelten sich auch die Arbeitergesangsvereine. Das Sozialistengesetz lag und legte sich wie ein Raubtier auf die empfindlichen Schöpfungen des proletarischen Chorgesanges. Als im Oktober 1890 das Schandgesetz lief, sah die Saat, die während der rauhen 12 Jahre im Schoße des Volkes Wurzel geschlagen hatte, jah in die Palme, und als der Raubtrieb jener Zeit verloschen, war nicht allein die politische Organisation gänzlich zerfallen, in ihren Reihen publizierten bereits eine große Zahl mobilisierter Arbeiter, deren Vieder die Hoffnung und das Geben der Unterdrückten wachend und heißend verbrühten. Eine große Nachfrage nach passenden Liedern war die Folge, und wie diese einseitlich und mit geringen Opfern für den einzelnen zu beschaffen, schlossen sich die bisherigen lockeren Arbeiterverbände zu einer Zentrale, der Deutschen Liebergemeinschaft, zusammen. Nach einem loslokalen Auffassung und durch Aufschub der noch fernliegenden Wände, beschloß man 1908, die Liebergemeinschaft aufzugeben und legte den Grund zum Deutschen Arbeiter-Sängerbund. Er zählt heute über 150 000 Mitglieder, seine Chorsammlung besteht aus über 100 Nummern im Selbstverlag (Männer-, Frauen- und gemischte Chöre). Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund hat Ansehen in den österreichischen und schweizerischen Vaterland. Im Liebe liegt eine große werdende Kraft. Die Arbeiterlieder müssen Volkstümlich, müssen Gemeinlich des ganzen Proletariats werden, die sich von Generation zu Generation forterben und als dauerndes Denkmal der schweren Kämpfen zur Erinnerung, der Nahezeit erhalten bleiben.

44] In schlimmen Händen. Nachb. verb.

Roman von Erich Schallier.
Wie sie ausfiel, dachte der Zimmermann. Es war so schön, daß er vor Verwunderung den Kopf schütteln mußte. Es war keine, die man mit ihr vergleichen konnte. Sie war so schön, aber auch eine Zierde, wie sie für den Kopf der Zeit geformt; dafür hatte er gehört. Es gab keinen Vergleichspunkt an ihr, der nicht bligte. Es gab keinen Vergleichspunkt in der ganzen Welt, der so frisch glänzte wie die Eichenplanen ihres Rodes. Sie war eine 'Wonne', ihre weiße Farbe war aber auch so schön wie ein Gefieder, das nur von den reinen Flutern der See bewegt wird, wie er wurde zum ersten Mal mitgenommen, er hatte es so angelegt, daß er nie mehr auf einen anderen verfallen konnte.
Ein leichter Schatten aber ging durch den schönen Nachmittag. In angeregter Entfernung lauerte der 'Hofhund' verächtlicher am Wollner. Axel hatte einen zweiten Arbeiter noch nicht gesehen, das war verdammt eine Stunde und Stunde aber war es doch, daß man diesen nachgemachten Menschen an Bord der Wonne nehmen mußte. Und wie er sich wohl beim Segeln anstellen würde! Axel hatte sich diese Suppe glücklicherweise selbst eingedocht; er mochte sie auch freundschaftlich selber essen.
'Kreißer Wind denken!' rief der Wirt vom Rabilion herüber. In dem tiefen Blau waren weiße Schaumkrone sichtbar geworden.
'Ganz gut', war die Antwort. Der Wirt bestand nicht von diesen Dingen; es lohnte nicht, mit ihm darüber zu reden.
Der Hofhund stand plötzlich auf und begann zu stitern.
'Kam?'
Axel und Dagmar kamen von der Stadt heraus; beide waren sonnenrot geblieben.
Dagmar war ganz in weiß. Der Sonnenstich war aus weißer Seide, die Schuhe aus weißem Glacé. Der weiße Rembrandthut aber ließ zwei ältere Damen erbleichen, die auf der Veranda des Rabilions friedlich beim Nachmittagskaffee saßen. Sie trafen sich in einem entsetzlichen Bild.
'Was hast du in der Hand?' rief der Wirt, man wußte, daß sie gelächelt hinüber, diese weiße Eleganz aber war doch eine aufregende Erscheinung.
'Sie ist so elegant wie Axel!'
'Und das an einem Bodentag!', hauchte die andere zurück. Sie schüttelten leicht den Kopf. Sie bildeten bezogen in die Zukunft.
Dagmar sprang in ihrem süßreinen Rod so leicht wie eine Gans auf das Wollner.
Der Hofhund und der Seemann hielten die Felle am Ballen fest. Axel war bereits unten.
'Darf ich hinunterpringen?' Sie trippelte begierig mit den Füßen.

„Am Gottes willen!“
„Ich möchte aber so gern!“
„Wie liegen alle im Wasser!“
„Dann ich aber so gern möchte!“
„Dann geht es auch noch nicht.“
„Ich will hinunterpringen!“ Dagmar schämte.
„In Wirklichkeit wollte sie nur auf dem Wollner bleiben. Sie wußte, wie ihre junge Gestalt sich vom Rabilion ausnehmen müßte. Die alten Damen mochten sich ärgern.“
„Selen Sie vernünftig!“ Axel legte liegend die Hände zusammen.
Dagmar war demüßigt. Sie Hetterte mit einem unterdrückten Lächeln auf den Ballen herunter und trat dann mit einem gebildeten Tritt mitten auf die Ruderbank. Die Rölls laut aber doch recht tief ins Wasser.
Der Hofhund stieß ab; der Seemann legte sich in die Ruten.
„Sie hätten eine größere Rolle nehmen müssen, Peter!“
„Die kleinen Rollen sind die allerbesten, Herr Solbörger.“
„Besonders, wenn man die größeren erst von der Werft herüberudern muß. Ist es nicht so, mein Freund?“
„Ungefähr“, käumte Peter ein.
Man war an der Mole.
Dagmar Hetterte das elegante Treppchen hinauf, Axel folgte. Der Hofhund zitterte mehr als gewöhnlich, als er nun auch hinauf mußte. Das Segeln auf dem Wasser erliefen ihm immer als ein freudvolles Abenteuer. Es gehörte zu den vielen Dingen, die die andern Menschen sich in ihrem süßigen Leichtsinn ausgedacht hatten. Dem Hofhund standen alle Menschen als „die anderen“ gegenüber. Er hielt vieles für unecht, was sie taten.
Der Seemann legte die Felle vor Anker und kam an Bord. „Es ist alles klar“, sagte er nach einer Weile. Er hatte die Segel gefest. Der Hofhund hatte mit einem fast geizigen Ernt jeden Griff ausgeführt, den er ihm aufgetragen hatte. Dann hatte er sich auf den angewiesenen Platz gelegt. Er wußte, daß er sich nicht bewegen durfte, damit ihn der Steuermann sehen konnte. Er hätte sich aber den Tod denken können, als das Segel wieder blies.
„Es ist alles klar“, sagte Peter noch einmal. Axel hatte ihm nicht geantwortet, weil er Dagmar den Kompaß erklärte.
„Dann los, mein Junge!“
Der Anker kam hoch. Peter setzte sich ans Steuer.
„Wohin?“
„Nimmer hinaus. Bis wir die Höhe vom Lotel zu lassen haben.“
„Alles richtig.“
Peter legte das Ruder um, die Wonne kam breit vor den Wind und begann sanft zu gleiten.
Weit draußen in der Nacht lag das neue Hotel. Es schimmerte in der Sonne.
Aus dem kleinen Bootshaus kam man bald heraus. Außerhalb der Ruderbank merkte man schon in der freien Nacht. Die See war tief blau mit weißen Schaumtreifen.
Der Wind kam vom Meer herin. Man mußte freuzen.
Peter holte über. Einen Augenblick kam die Wonne breit vor den Wind. Es schien, als ob ihr weißes Riefenfeld sich mit einem eleganten Schwingen glatt auf die Wasserfläche legen wollte. Der Hofhund entsetzt, die Seeleute waren alle so bereit, man richtete die Wonne sich wieder auf, so leicht und froh, als habe sie nur einen Scherz gemacht. Es ging stramm in den Wind hinaus.
Peter schüttelte in stummer Verwunderung den Kopf. Es war eine Freude, wie sie dem leichten Druck des Steuers gebrachte.
Dagmar hatte sich am Wugspriet aufgestellt; der Seewind spielte mit ihren Haaren.
Axel sah von der Bank des Hinterdecks zu ihr hinaus. Seine Augen tranten ihre Schönheit. Die Linien des Körpers waren sichtbar. Sie war so frisch wie die salzige Luft, die sie umfloss.
Die Stadt blieb immer weiter hinter ihnen zurück. Alles Glend blieb zurück. Draußen war die Freiheit. Die blaue Breite des Meeres.
In der Wonne ermodete die Freude immer stärker. Sie kamen dem Meere näher. Sie konnte die Stunde nicht erwarten, in der sie die offene See begrüßen durfte. Sie warf die junge Wirtin den Wellen entgegen, daß sie hoch aufspritzte, sie jauchte bei jedem neuen Anprall und ließ die Wellen schändlich ins Gesicht geschlehen. Sie quoll sich mählich in das Meer hinein, als sollte ihre Schönheit ein tiefes Bad nehmen, um sich dann wieder frei und leicht und schön zu erheben, wie ein Schwan mit tropfendem Gefieder. Sie liebte die Wellen, sie spielte mit ihnen, sie sehte sich nach dem Kampf, in dem die härtere Liebe war; sie bürdete nach dem Rausch, um alle Schlägen des Meeres loszumachen. Sie spielte mit dem Gefahr, da sie die Wirkliche noch nicht haben konnte. Wenn der Wind anjauhol, wußte sie sich mit einem breiten großzügigen Schwingen auf die Seite, als sei sie bereits überwinden, um sich dann wieder lachend aufzurichten und alles von sich abzuschütteln.
Am Wugspriet aber stand Dagmar. Unter ihren Füßen die junge Wonne, die ihre letzte Fahrt geradezu in das Meer hinführte. Die bindenden Tropfen sprangen zu ihr empor, als ob sie ihr buldigen wollten.
Inferre Liebe Wonne konnte nicht besser segeln, dachte Axel.
Und draußen war die blaue Freiheit.
Sinter ihnen war die Stadt verschwunden, sie waren allein auf der weiten Fläche.
„Es wird frisch“, mochte Axel.
Dagmar kam nach hinten und sehte sich zu ihm.
Wonne in diesem Augenblick warf sich die Wonne der ersten großen Welle entgegen, als sollte sie von vornherein auf ihre Kräfte aufmerksam machen. Die Welle gerief, daß der Schaum auf das Deck heraufspritzte.
Peter sandte Axel einen stillen Blick und nickte. Und Axel nickte zurück. Sie wußten beide, was die Wonne wert war. Für die Seeleute war sie ein lebensliches Wesen, weil jedes Wort die borchnechte Besondere, die je in diesen Wasserzonen gesehen war.
Dagmar war begeistert. Ihre Augen glänzten und sie drückte Axel heimlich die Hand. Sie mußte öfter ins Hotel hinaus, die ganze innere Verwaltung war in ihre Hand gegeben; sie mußte die Räumlichkeiten kennen lernen und ihre Befehle mitteilen. Sie war sich sehr mählich in das Meer hinaus geteilt hatte. Wonne konnte nicht gut fehlen, denn sie löst war, der alte Wirt konnte im Hof nicht entbehrt werden; durch Axels Entgegenkommen war allen Teilen gebolen. Eine Reihe von schönen Nachmittagen lag sich vor ihr auf. Im Gefühl der Augenblicks und im Gedanken an diese Nachmittage drückte sie ihm die Hand.
Man war weit hinausgekommen. Die Nacht war frei, und die Wellen waren stärker und schwerer. Die Wonne war nur wie ein schmaler Streifen sichtbar. Es wehte ein sehr frisches Wind. Die Sonne schien freundlich, man wurde aber doch recht grünlich durchgeputet.

(Fortsetzung folgt)

